52. JAHRGANG · NUMMER 1 · 10. FEBRUAR 2011 · EUR 1,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Revolten in Tunesien und Ägypten

Mit dieser ersten kurzen Stellungnahme zu den Aufständen in Tunesien und vor allem in Ägypten wollen wir unsere grundsätzliche Position zu den Ereignissen unter dem Gesichtspunkt der Interessen der gesellschaftlichen Klassen Ägyptens darlegen. Wir werden in der kommenden Ausgabe unserer Zeitschrift näher auf die geschichtlichen Hintergründe, die ökonomischen und sozialen Details der Auseinandersetzungen eingehen, die für das Verständnis der weiteren Entwicklung von Bedeutung sind[1].

Die Staaten des nördlichen Afrika, die zum großen Teil aus antikolonialen Kämpfen gegen britische und französische Oberherrschaft nach dem II. Weltkrieg entstanden waren[2], galten in der Sprache der internationalen Diplomatie überwiegend als »stabil«. Gemeint war damit, dass die politischen und militärischen Strukturen, die sich im Schoße der nationalen Befreiungsbewegungen gebildet hatten, in den jeweiligen Gesellschaften fest verankert waren und dass der Gewaltapparat aus Polizei, Geheimdiensten und Militär die Bevölkerung zuverlässig kontrollieren würde. Das war eine Illusion.

So unterschiedlich Tunesien mit etwa einem Achtel der Einwohner und einer Fläche von etwa einem Sechstel im Vergleich zu Ägypten ist, so gibt es gleichwohl Verbindendes genug, dass sich nun in den Massenprotesten gegen die Regierungen Luft macht. Es sind in erster Linie die den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt lähmenden Machtstrukturen, die in Widerspruch zur Gesellschaft geraten sind. Beides sind Länder mit einer jungen Bevölkerung (um die 50 Prozent sind bis zu 25 Jahre alt), die überdurchschnittlich unter Arbeitslosigkeit leidet (zwischen 40 und 60 Prozent dieser Altersgruppe). Die 1956 erfolgreichen, ursprünglich fortschrittlichen tunesischen Führer unter Bourgiba gegen das französische Protektorat, die gegen König Faruk putschenden ägyptischen Offiziere des Jahres 1952 unter Gamal abdel Nasser fanden keine kapitalistischen Gesellschaften mit einer politisch herrschenden Bourgeoisie vor. Sie schufen Scheindemokratien mit monopolistischen Einheitsparteien, die eine demokratische Legitimation simulieren sollten. Sie hielten sich politisch an der Macht, indem sie die von der politischen Gestaltung ausgeschlossenen gesellschaftlichen Klassen gegeneinander ausspielten. Die tatsächliche Macht lag bei einem engeren Zirkel von Revolutionsführern und deren Familien. Die verstaatlichten Banken und Industrien, die Transfereinnahmen aus Entwicklungshilfe, Suez-Kanal-Gebühren etc. waren Quellen ihrer Bereicherung. Im Laufe der Zeit wurden diese Familien selbst Bestandteil der bürgerlichen Klassen, hielten aber durch ihre politische Macht eine Monopolstellung, die sie dem Wettbewerb mit ihren bürgerlichen Klassengenossen entzog.

Im Falle Ägyptens, dessen weltpolitische Bedeutung die Tunesiens weit übersteigt, hatte es seit den 80er Jahren halbherzige Reformbestrebungen seitens der Führung gegeben. Diese »Modernisierung«, die mit dem Namen von Husni Mubaraks Sohn Gamal verbunden ist, erweiterte den Kreis der herr-

Thesen zur Staatsschuldenkrise

Verschärfte Widersprüche in GB

Streik in den ATLAS-Werken, Delmenhorst

Stahltarif und Leiharbeit

FIAT: Angriff auf Gewerkschaftsrechte

Debatte: Geschichte der DDR

schenden Clans geringfügig um einige großkapitalistische Familien. Deren Vermögen und Einfluss hat durch die Privatisierung von Staatseigentum (Banken, Versicherungen, Unternehmen, Ländereien) seit den 80er Jahren erheblich zugenommen. Gleichzeitig wurde das bestehende Machtmonopol durch Verfassungs- und Gesetzesänderungen umso stärker gegen den Rest der Gesellschaft abgeschottet. Unternehmer, die nicht zu dem exklusiven Kreis jener Familien gehören, finden nicht oder nur schwer Zugang zu Bankkrediten, Staatsaufträgen, Fördermitteln internationaler Institutionen. Die entstandenen wirtschaftlichen Monopole benötigen vergleichsweise wenige Arbeitskräfte und tragen so auch nicht zum Aufbau einer breiteren Arbeiterklasse bei. Die qualifizierten Fachkräfte, die sie benötigen, holen sie sich von den privaten Schulen und Hochschulen; die staatlichen Bildungseinrichtungen wie auch die Gesundheitseinrichtungen sind von schlechter Qualität. Die herrschenden Familienclans sparen sich die Steuermittel bzw. verteilen sie unter sich. Die Sozialausgaben sind zwar bis 2006 um ein Prozent auf 19,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen. Das liegt aber lediglich am starken Anwachsen der Energiesubventionen für Gas, Benzin, Elektrizität, die mehr als ein Drittel des Sozialetats ausmachen. Von den Energiesubventionen profitieren vor allem die reicheren Haushalte und zu 80 Prozent der Unternehmenssektor. Die Subventionierung der Nahrungsmittel ist – trotz erheblicher Preissteigerungen – gleich geblieben; daher die immer wieder aufflammenden Brotunruhen. Soziale Reformen standen nicht auf der Tagesordnung der Regierung.

Bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen in Ägypten wurde davon ausgegangen, dass entweder der regierende Staatspräsident Husni Mubarak oder dessen Sohn Gamal kandidieren würden. Gamal galt als der »Modernisierer«, weil er sich politisch eher auf die großen Unternehmer stützte, während sein Vater, der aus der Militärführung kommt, dort eher seine Hausmacht hatte.

Die letzte Verfassungsänderung von 2007 hatte es allen Interessierten in der ägyptischen Gesellschaft klar gemacht, dass es weiter bei der Herrschaft der NDP (Nationaldemokratische Partei) und ihrer »gelenkten Demokratie« bleiben würde. Echte Oppositionsparteien, wie die Muslimbruderschaft, haben nach wie vor keine Chancen, einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen. Auch im Hinblick auf die Wahlen zum Parlament wurde die Lage für die Bruderschaft erheblich verschlechtert. Das in den letzten Jahrzehnten neu entstandene kleine und mittlere Bürgertum, die Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, die Beschäftigten in den sozialen und Bildungsinstitutionen , die Erwerbslosen – ihnen allen musste also klar sein, dass die Präsidentschaftswahlen für sie keine Änderungen zum Besseren bringen würden.

Als am besten organisierte politische Opposition in Ägypten gilt die Muslimbruderschaft, die insbesondere auch Klein- und Mittelunternehmer und Vertreter akademischer Berufe vereint und die nach eigenen Worten jederzeit in der Lage wäre, eine funktionierende Regierung zu stellen. Sie kann durchaus als einflussreichste Vertreterin der von der politischen Herrschaft ausgeschlossenen Teile der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klassen unter den gegebenen Verhältnissen angesehen werden. Die aktuelle Protestwelle wurde jedoch nicht von den Muslimbrüdern, sondern von den Organisatoren der außerparlamentarischen Bewegung Kifaya (»Genug!«) in Gang gesetzt, die so unterschiedliche Kräfte vereint wie Nasseristen, Kommunisten, Liberale und Kräfte des sogenannten »moderaten politischen Islam«; Muslimbrüder sind mit dabei, jedoch nicht als Repräsentanten ihrer eigenen Organisation. Zentrale Forderungen von Kifaya sind: Aufhebung des nationalen Notstands, Freilassung der politischen Gefangenen, Unabhängigkeit der Justiz, der Gewerkschaften und Berufsverbände. In der Außenpolitik steht Kifaya kritisch zur US-Regierung und zu Israel. Mittlerweile hat sich die Muslimbruderschaft auch als Organisation zur Revolte bekannt.

Es sind die kleinbäuerlichen und proletarischen Schichten, die den Aufstand der »Straße« tragen, dort aber nicht als eigenständige politische Kraft auftreten. Wenn wir die Muslimbruderschaft als politische Vertreterin des von der Macht ausgeschlossenen Bürgertums und Kleinbürgertums ansehen, so war sie allein nicht in der Lage, die Regierung herauszufordern. Jetzt spielt ihr »die Straße« in die Hand und sie ist dabei, die Gelegenheit zu nutzen, d. h. sich für eine Regierungsübernahme – in welcher Konstellation, das wird man sehen – bereit zu stellen. Es ist klar, dass sie aus eigenem Interesse weitreichende Verfassungsänderungen,

INHALT · Heft Nr. 1 / 5. Februar 2011 · Jg. 52

Thesen zur Staatsschuldenkrise 3
Verschärfte Widersprüche in Großbritannien 6
Streik der Atlas-Belegschaft 10
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Stahl) 15
Entlassungen bei der Telekom 17
Italien: FIAT greift Gewerkschaften an 18
Streik bei Finair 20
Debatte zur Geschichte der DDR 21
Staatsstreich in Ecuador 23

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Änderung des Wahlgesetzes und vieles andere, durchsetzen muss, wenn sie an der politischen Macht partizipieren will.

Die ägyptische (wie auch die tunesische) Armee ist eine Wehrpflichtigenarmee. Das schließt nicht aus, dass sie gegen die Massenbewegung eingesetzt wird. Allerdings ist dies bislang noch nicht – oder doch nur ausnahmsweise im Einzelfall – geschehen. In Tunesien hatte sich Staatspräsident Ben Ali vor allem auf die Polizei gestützt, die nun offenbar auseinander gefallen ist; das Militär verhält sich derzeit noch abwartend. Husni Mubarak war nach dem Tod seines Vorgängers Sadat der Kandidat des Militärs. Dieses scheint allerdings davon auszugehen, dass sich der alte Zustand nicht länger aufrecht erhalten lässt. Es steht außer Frage, dass in beiden Ländern die Streitkräfte technisch gesehen in der Lage wären, die Bewegungen nieder zu schlagen, aber wie es aussieht, haben sie derzeit weder personell noch sachlich eine Perspektive, wie es danach weiter gehen sollte. In Ägypten stehen mit Mohammed al-Baradei, dem ehemaligen Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, und Amr Moussa, dem Generalsekretär der Arabischen Liga und ehemaligen ägyptischen Außenminister, Kandidaten für das Präsidentenamt bereit, die den USA und der EU genehm sein könnten. Aber es ist gegenwärtig weder klar, für welches Programm sie im Einzelnen stehen, noch, mit wem sie es umsetzen wollen. Für Ägypten jedenfalls gilt, dass es keine wirkliche wirtschaftliche und politische Reform ohne die Einbeziehung der Muslimbruderschaft geben wird, die politisch vor allem den bislang ausgegrenzten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Teil der ägyptischen Gesellschaft repräsentiert.

Für die Arbeiterklasse wird es auch darum gehen, die staatliche Einheitsgewerkschaft durch eigene, von ihr selbst kontrollierte, gewerkschaftliche und politische Organisationen zu ersetzen, und soziale Forderungen nach qualifizierten Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, besseren Sozialleistungen, nach Presse- und Versammlungsfreiheit und höheren Löhnen durchzusetzen. Erste Schritte in dieser Richtung ist sie bereits in den zahlreichen Streikbewegungen der vergangenen drei Jahre gegangen. 6. Feb. 2011 ■

1 Interessierten Leserinnen und Lesern empfehlen wir das Buch von Hans Henle, Der neue Nahe Osten, Suhrkamp Verlag 1972, auch wenn es mittlerweile in die Jahre gekommen ist. Sehr informativ auch die Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, von Thomas Demmelhuber und Stephan Roll, Herrschaftssicherung in Ägypten, Zur Rolle von Reformen und Wirtschaftsoligarchen, Berlin Juli 2007, auf deren Angaben sich Teile dieses Beitrags stützen.

2 Die Staaten Nordafrikas sind fast allesamt aus dem Zerfall der osmanischen Herrschaft vor dem I. Weltkrieg hervorgegangen. Ägypten hatte allerdings bereits während des Sultanats eine gewisse Eigenstaatlichkeit. Tunesien und Algerien kamen unter französische Herrschaft, Ägypten war für England von besonderer Bedeutung, weil der Weg nach Indien über den Suez-Kanal führt.

Thesen zur Staatsschuldenkrise

Die Staatschuldenkrise in Irland und anderswo ist eine Folgeerscheinung der nicht überwundenen Weltwirtschaftskrise seit 2007.

Im Jahre 2007 und danach platzten zunächst die Immobilienblasen in den USA, Spanien, Irland und anderen Ländern. Da in diese Bereiche sehr viel anlagesuchendes Kapital geflossen war, drohte dieses Kapital wertlos, d.h. vernichtet zu werden. Das ist der Kern der sogenannten Finanzkrise, die nun ausbrach und mit dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers im Herbst 2008 ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Die Kapitalvernichtungswellen, die dieser Zusammenbruch weltweit auslöste, drohten nun die gesamte kapitalistische Finanzwirtschaft mitzureißen, weshalb die Regierungen als Retter in allerhöchster Not mit gewaltigen, schuldenfinanzierten Programmen den gefährdeten Banken zu Hilfe kamen. *»Nach den Berechnungen der BIZ stellten* (…) *11 Länder rund 5 Billionen Dollar oder fast 19 Prozent des BIP zur Verfügung.«* (Sandleben, Schäfer, S.26)

Im Produktionssektor setzte ab 2008 eine zyklische Krise ein.

»Die Überproduktionskrise vom Herbst 2008 zeigt ein Zuviel an Waren, an Produktionskapazitäten und Arbeitskräften. Eine ungeheure Kapitalvernichtung stand hier an.« (Sandleben/Schäfer, S.27) Um dieser Kapitalvernichtung im Produktionssektor entgegen zu wirken finanzierten die Staaten Konjunkturprogramme. *»Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) beziffert den weltweiten Umfang der staatlichen Konjunkturhilfen auf rund drei Billionen US-Dollar. Dieser gigantische staatliche Nachfrageschub entsprach laut IfW ca. 4,7 Prozent des Welteinkommens Ende 2009«.* (Konicz, S.16)

Wir erleben seit 2007 eine Art Doppelkrise im Finanz- und Produktionssektor.

Dabei versuchen in beiden Bereichen die jeweiligen Staaten mit schuldenfinanzierten Unterstützungs- und Rettungsprogrammen die Krise zu bekämpfen. Eine Krise hat im Kapitalismus generell die Funktion der Kapitalvernichtung, d.h. überflüssiges Finanzkapital bzw. unproduktiv angelegtes Kapital muss entwertet werden. Kapitalvernichtung ist in diesem System ein normaler Vorgang, nicht etwas Systemwidriges. Genau diese Funktion der Krise haben die staatlichen Rettungs- bzw. Unterstützungsprogramme bisher zum größten Teil verhindert. Das heißt aber nur, dass die Kapitalvernichtung aufgeschoben wurde. Worum es jetzt geht, ist der Kampf der hinter den jeweiligen nationalen Regierungen stehenden Kapitale darum, welche Kapitale entwertet werden müssen. Zurzeit drückt sich dieser Kampf in der »Bewältigung« der Schuldenkrise und den damit einher gehenden Währungskrisen (aktuell des Euro) aus.

Schuldenfinanziertes Wachstum in den Jahren vor der Krise.
Dass die Schuldenkrise in den Ländern Griechenland, Portugal und Irland zuerst ausbrach, liegt daran, dass deren Wirtschaftswachstum in den Jahren vor der Krise vor allem schuldenfinanziert (sei es seitens der Regierung wie in Griechenland, sei es mehr von Privatunternehmen wie in Irland) war. Deren Möglichkeit, sich über den Kapitalmarkt zu refinanzieren, funktionierte in der Doppelkrise nicht mehr, weil die potentiellen Gläubiger erkannten, dass mögliche Kredite angesichts der Beschränktheit der jeweiligen Volkswirtschaften nicht mehr bedient werden würden. Mit der schwindenden Möglichkeit sich zu refinanzieren waren natürlich dann auch die schon vorhandenen Kredite betroffen und damit deren Gläubiger, die internationalen Banken bzw. das internationale Finanzkapital, das das Wachstum in diesen Ländern finanziert hatte.

Rettung der Gläubiger – Belastung der Bevölkerung.
In dieser Situation gibt es nur die zwei Möglichkeiten: Entweder verlieren die Gläubiger ihr Geld, was Kapitalvernichtung bedeuten würde. Oder die Gläubiger und ihr Kapital werden gerettet, wozu es externer Hilfe bedarf. Die externe Hilfe wurde früher in der Regel vom Internationalen Währungsfond (IWF) bereit gestellt, im neueren Fall erfolgt diese auch über die einzelnen EU-Staaten vermittels des Euro-Rettungsschirms. In beiden Hilfefällen läuft es darauf hinaus, dass versucht wird, das von Entwertung bedrohte Kapital durch eine Belastung der breiten Bevölkerung zu retten, d.h. durch Kürzungen im staatlichen Haushalt (besonders bei Sozialausgaben), durch Steuererhöhungen, Lohnsenkungen, Preiserhöhungen usw. Die letzteren Maßnahmen wurden von den Garanten des Rettungsschirms, insbesondere durch die deutsche Regierung, sowohl Griechenland wie Irland abgefordert, Portugal und Spanien vollziehen diese Schritte bereits im Vorwege, um sich für mögliche Rettungsmaßnahmen zu wappnen bzw. dem internationalen Kapital zu signalisieren, dass ihre Anlagen nicht wertlos werden.

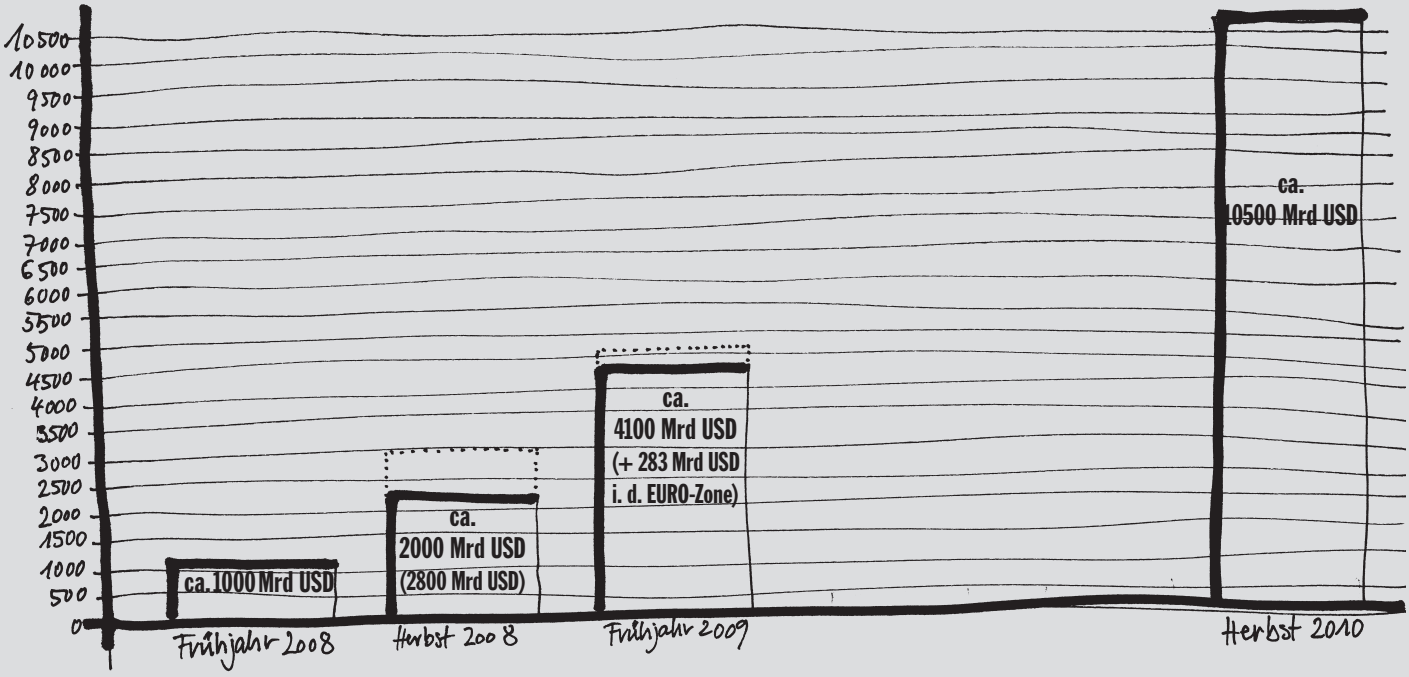
Das deutsche Kapital ist in dieser Schuldenkrise der Euroländer auf zweierlei Art und Weise beteiligt: Als Exporteur und Finanzier
Zum einen erwarb das produktive Kapital in der deutschen Industrie nach der Einführung des Euro einen enormen Vorteil, weil es als produktivstes Kapital die Märkte mit seinen Waren überschwemmen konnte, wobei sich die schwächeren Volkswirtschaften der Eurozone nicht mehr mit einer Währungsabwertung wehren konnten, was die deutschen Produkte verteuert hätte. Das deutsche Kapital konnte so seine Exportüberschüsse in die Eurozone enorm ausweiten. Die Finanzierung dieser Exporte erfolgte nun zum anderen über Schuldenaufnahme in diesen Ländern, was u.a. vom deutschen Finanzkapital besorgt wurde, was sich in den großen Anteilen der deutschen Banken an den Schulden in diesen Ländern ausdrückt.

Die Doppelbeteiligung des deutschen Kapitals drückt sich in der widersprüchlichen Haltung der deutschen Regierungspolitik aus.
Auf der einen Seite gibt es das Interesse, dass die privaten Gläubiger sich auch an den Rettungsmaßnahmen beteiligen sollen, sprich: deren Kapital soll entwertet werden. Das drückt den Standpunkt des Industriekapitals aus. Auf der anderen Seite steht das Interesse der Kreditgeber an der Weiterbedienung ihrer Kredite, was sich in der Forderung nach einem möglichst großen Rettungsschirm für die angeschlagenen Staaten ausdrückt. Dass sich in aller Regel die Forderungen des Finanzkapitals durchsetzen, zeigt dessen Stärke in diesem Konflikt.

Dominanz des Finanzkapitals
Dass sich das Industriekapital, der sogenannte »produktive Sektor«, der ja angeblich so gesund war vor 2008, dem Finanzkapital immer wieder in der Krisenbewältigung unterordnen muss, ist eine Folge der kapitalistischen Krisenlösung seit den 70er Jahren. Damals hatte sich die Situation herausgebildet, dass einerseits – angesichts der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte und der trotzdem stetig steigenden Produktivitätsentwicklung – die Ausdehnung der Produktion an ihre Grenzen gestoßen war. Andererseits ergaben sich für das in der produktiven Sphäre erzeugte Kapital immer weniger lukrative Anlagemöglichkeiten. Der Ausweg war, ausgehend von den USA, die Entwicklung einer Defizitkonjunktur, d.h. eines Wirtschaftswachstums beruhend auf Schuldenaufnahme. Hier fand das nach Anlage suchende Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten. Umgekehrt wurde das im Produktionssektor investierte Kapital immer abhängiger von dieser Defizitkonjunktur, ohne die es kein nennenswertes Wachstum mehr erzielen konnte. Seither kann man von einer »Finanzialisierung« der kapitalistischen Ökonomie sprechen (Arrighi, S.42).

Bildung neuer Blasen.
Die Folge dieser »Finanzialisierung« ist zunächst einmal die Bildung immer neuer »Blasen«, in die das anlagesuchende Kapital strömt, weil es dort Profitmöglichkeiten wittert. Solche Blasen bzw. ihr Platzen zeigten sich in den Schuldenkrisen der dritten Welt und der Schwellenländer in den 80er und 90er Jahren. Die »Dotcom«-Blase bis 2001 und die Immobilienblase bis 2007 waren weitere Stationen dieses Prozesses. Kennzeichnend ist, dass eine Blase die nächste ablöst und jedes Mal von neuem die Lösung aller Probleme verspricht. Wie man jetzt erkennen kann, ist die Staatsschuldenkrise die aktuelle Blase, die entsteht, um die Krisenprobleme ab 2007 aufzufangen. Es handelt sich deshalb um eine Blase, weil die Staatsschulden diejenige Anlagemöglichkeit für das internationale Finanzkapital darstellen, die eine gute Rendite verspricht, weshalb es auch in diese Anlageform strömt. Auch diese Blase – *»die Mutter aller Blasen«* (FAZ) – ist nichts anderes als ein weiterer Versuch dem anlagesuchenden Kapital Profitmöglichkeiten zu erhalten.

Die Blasenbildung wird von den zentralen Finanzinstitutionen gezielt unterstützt.
Ein wichtiges Mittel ist die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken. Die Privatbanken können zurzeit bei der Zentralbank (z.B. die Fed in den USA, die EZB in der Eurozone) Geld zu einem Zinssatz von unter einem Prozent leihen. Dieses Geld legen sie dann zu einem großen Teil in den Schuldentiteln der einzelnen Staaten an, deren Renditen von zur Zeit etwa drei Prozent für Deutschland, knapp sechs Prozent für Irland, etwa 7 Prozent für Portugal, bis zu 11,5 Prozent für Griechenland reichen. Damit schaffen die Zentralbanken für die Privatbanken ein fast risikoloses Profitfeld, so dass diese mit den hier erzielten Gewinnen die Möglichkeit haben, die in ihren Tresoren ruhenden faulen Wertpapiere aus der Zeit vor der Krise abzuschreiben. Also eine günstige Refinanzierungsmöglichkeit auf Kosten der staatlichen Haushalte. Diese Politik der Zentralbanken scheint notwendig zu sein, weil die Banken immer noch bei der Kreditvergabe an das Industriekapital sehr zurückhaltend sind, weil sie dort die größeren Risiken sehen.



Die Kosten der Finanzkrise, Grafik nach Berechnungen von Elmar Altvater

Die Politik der Krisenbewältigung des Finanzkapitals kann man auch als Plünderung der öffentlichen Haushalte beschreiben.
Die öffentlichen Haushalte werden dazu genutzt das Finanzkapital zu sanieren. Ausdruck davon sind die jetzt in mehr oder weniger allen europäischen Ländern beschlossenen »Sparpakete«, die auf Reduzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Lohnkürzungen, weitere Privatisierungen usw. hinauslaufen. Das führt dazu, dass dem Binnenmarkt in diesen Ländern Kaufkraft entzogen wird, was es wiederum dem warenproduzierenden Kapital erschwert, seine Waren abzusetzen. Als Reaktion darauf versuchen alle Länder ihre Exportanstrengungen zu steigern, was darauf hinausläuft, die eigenen Krisenfolgen in andere Länder zu exportieren. Besonders erfolgreich darin ist zurzeit das deutsche Kapital, das aufgrund der relativ niedrigen Löhne als Folge der Lohnsenkungspolitik des letzten Jahrzehnts (z.B. Hartz IV, Leiharbeit, Niedriglöhne) und seiner hohen Produktivität ein exportgetragenes Wirtschaftswachstum erlebt. Dass dieses exportgetragene Wachstum sehr schnell an seine Grenzen stoßen wird, ist aus dem vorher Gesagten absehbar.

Eine weitere Kehrseite der Bewältigung der Krise des Finanzkapitals ist die Schaffung eines Inflationspotentials.
Die oben beschriebene Politik der Zentralbanken ist im Kern nichts anderes als das Drucken von Geld, was dadurch noch gesteigert wird, dass die Zentralbanken selber Staatsschuldenpapiere aufkaufen, um eine Staatsschuldenkrise in den kapitalistischen Kernländern zu vermeiden. Dass sich diese Praxis noch nicht inflationssteigernd zeigt, liegt darin, dass die Überproduktionskrise seit 2008 noch nicht überwunden ist, d.h. es ist noch nicht genügend produktives Kapital vernichtet, so dass die Märkte im Prinzip noch immer übersättigt sind. Wann sich dieses Inflationspotential entfalten wird, lässt sich nicht vorhersagen, lediglich, dass es sich entfalten wird. Hier ist zu sehen, welches Risiko das Investieren in Staatsschulden beinhaltet: die Entwertung durch Inflation. Ein weiteres Risiko liegt darin, dass Staaten ihre Schulden nicht begleichen können und umschulden müssen, was auch eine Entwertung bedeutet. Immerhin führt dieses Gelddrucken zu einer tendenziellen Verbilligung der eigenen Währung, was der eigenen Wirtschaft beim Warenexport helfen und anderen Volkswirtschaften den Import in das eigene Land erschweren würde. Es deutet sich hier also ein Abwertungswettlauf an, der schon einmal im Gefolge der Weltwirtschaftskrise nach 1929 beobachtet wurde und der damals zu einem Zusammenbruch des Weltmarkts führte.

Die arbeitende Bevölkerung steckt angesichts dieser Doppelkrise in einer fatalen Lage:
Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende
Würde die Krise sich im kapitalistischen Sinne entfalten, d.h. würde massenhaft Kapital entwertet und vernichtet, würde das Betriebsschließungen in größerem Umfange, Verlust von Sparguthaben, Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Verlust von staatlichen Leistungen etc. mit sich bringen. Ein Ende mit Schrecken also. Da die Krisenbewältigung sich jetzt in der Blasenbildung bei den Staatsschulden, in der Plünderung der öffentlichen Haushalte, in einem zunehmenden Kampf der einzelnen Volkswirtschaften gegeneinander äußert, erwartet sie ein ähnliches Schicksal in der Form einer längeren Leidenszeit ohne Aussicht auf Besserung. Die Krise wird »gelöst« durch die Vorbereitung der nächsten. Also ein Schrecken ohne Ende.

Alle öffentlichen Sparprogramme haben ein gemeinsames Merkmal: Der Schuldendienst, also das Bezahlen von Tilgung und Zinsen, ist tabu. Auf den Prüfstand werden immer nur die anderen Ausgabenposten gestellt, vor allem also der Sozialbereich, aber auch Subventionen für unterschiedliche Industriezweige, Steuererleichterungen usw. Darin unterscheiden sich die politischen Parteien von der FDP bis zur Linken nicht. Solange an diesem Tabu nicht gerüttelt wird, unterwirft man sich praktisch dem Diktat der Kapitalmärkte und bleibt hilflos.

Insofern hat die arbeitende Bevölkerung keinen Grund in einer Krisenbewältigung eine Perspektive zu sehen, die, welche »alternativlosen« Formen sie auch annehmen mag, immer auf ihre Kosten gehen wird.

Zitierte Quellen:
Guenther Sandleben/Jakob Schäfer, Die kapitalistische Krise und was wir ihr entgegensetzen. Mannheim 2009
Tomasz Konicz, Referat Weltwirtschaftskrise. www.konicz.info/?p=1458
Giovanni Arighi, Die verschlungenen Pfade des Kapitals. Hamburg 2009

Zum Nachlesen:
Elmar Altvater, Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster 2010

■ MASSIVE PROTESTE DER STUDENTEN

Verschärfte Widersprüche in Großbritannien

Die konservativ-liberale Koalition präsentiert das härteste Sparprogramm seit den 30er Jahren

Zur Rettung der Profitproduktion wälzen die Regierungen europaweit die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Bevölkerung ab. Das britische Sparprogramm ragt heraus.

In den nächsten vier Jahren sollen die Staatsausgaben um 81 Milliarden Pfund (91 Milliarden Euro) gekürzt werden. Das sind sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes des Jahres 2010. Im Durchschnitt sollen die Ausgaben aller Ressorts um ein Viertel sinken. Im Gesundheitswesen soll künftig im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Systems entschieden und gehandelt und damit sollen in den kommenden zehn Jahren zehn Milliarden Pfund eingespart werden. Im öffentlichen Dienst sollen etwa eine halbe Millionen Arbeitsplätze gestrichen, die Gehälter der noch Beschäftigten (mit Ausnahme besonders niedriger Lohngruppen) zwei Jahre eingefroren werden.

Eine zentrale Maßnahme wird eine Art britischer Hartz-Reform sein: Staatliche Arbeitsämter sollen stärker durch private ergänzt und ersetzt werden. Wer »nicht arbeiten will«, soll noch sehr viel härter als bisher bestraft werden. Langzeitarbeitslose müssen in Zukunft vier Wochen ohne Entgelt für ihre Gemeinde arbeiten um weiterhin ihr Arbeitslosengeld zu bekommen. Mit Ein-Pfund-Jobs werden auch hier Arbeitslose den bestehenden Mindestlohn aushebeln. Möglichst viele »arbeitsunfähig« geschriebene Beschäftigte sollen wieder »arbeitsfähig« geschrieben werden. Um etwa 11 Milliarden Pfund (circa 12 Milliarden Euro) pro Jahr sollen die Sozialausgaben reduziert werden.

Widerstand gegen die Politik der Kürzungen und Streichungen

Da im ganzen Lande Stadtverwaltungen mit Entlassungen von Personal drohen, sind alle Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes betroffen. Anfang November regte sich Widerstand von Lohnabhängigen: Die BBC wurde bestreikt und die Beschäftigten der Londoner U-Bahn sowie die Londoner Feuerwehrleute streikten wiederholt gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, die Ermöglichung prekärer Arbeitsverhältnisse und gegen geplante Rentenkürzungen. Angesichts der zu erwartenden Ausweitung der Streiks fordert der Unternehmerverband CBI eine Verschärfung der Antigewerkschaftsgesetze.

Massiver studentischer Protest

Nachdem in einer Vielzahl lokaler Demonstrationen rund 80 000 junge Menschen gegen den Plan protestiert hatten, die Budgets im Bildungsbereich zu kürzen und Studiengebühren von jährlich 3.290 £ auf etwa 6.000 £ pro Jahr anzuheben (die Gebühren sind nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt, unter besonderen Umständen ab 2012 auf £ 9000), wurde am 10. November 2010 der Protest auf London orientiert. War schon die Zahl von 50 000 Demonstranten außergewöhnlich, so noch mehr die Radikalität ihrer Aktionen, was sich im Angriff auf das Hauptquartier der Tories (die Konservativen) zeigte.

Wenn sich auch einige studentische Organisationen distanzierten, die Wut der Studenten über den Sparkurs der Regierung wird deutlich in einer Aussage von Clare Solomon, der Vorsitzenden der ‚Vereinigung der Universität London', einem Dachverband, dem rund 120.000 Studenten angehören: Als die Tories und Teile der Medien die Aktionen gegen das Hauptquartier der Konservativen als *»Vandalismus einer kleinen radikalen Minderheit«* niedermachten, erklärte Clare Solomon, sie habe *»kein Problem mit direkten Aktionen oder einer Besetzung . . . Das waren ein paar Fenster des Tory-Hauptquartiers – was sie aber unserem Erziehungssystem antun, das geht doch in die Millionen … und die jammern über die paar Fenster.«*

Vor allem die Liberaldemokratische Partei mit ihrem Vorsitzenden Nick Clegg hatte vor den Wahlen die Forderung der Studenten zu den ihren gemacht. Dass sich ihr Wahlversprechen als Lüge entpuppte, ließ die Verärgerung der Studenten massiv werden und verschaffte sich dann in radikalen Aktionen Luft. Im ganzen Land wurden Universitäten besetzt und auch im neuen Jahr gehen die Proteste weiter. Angeblich summierten sich die Schäden durch die Proteste auf mehr als 500.000 Pfund.

Viele Schüler – schon 13jährige – beteiligten sich an den Demonstrationszügen. Ihnen versperrt die Regierungspolitik jegliche Aussicht auf eine akademische Ausbildung. Die Labourregierung der sechziger Jahre hatte Arbeiterkindern höhere Schulausbildung ermöglicht. Schon wegen der Anpassung an die Umstrukturierung hin zur »Dienstleistungsgesellschaft« (spez. des Finanzsektors) ist auch für Kinder von Facharbeitern heute eine höhere Ausbildung in Fachhochschulen und Universitäten notwendig. Im Protest der Jugend – der sich in anderen europäischen Ländern ebenfalls geregt hat – geht es jedoch nicht nur um Bildung. Es geht auch um die hohe Jugendarbeitslosigkeit – und generell um die miserablen Aussichten für die Zukunft. Das alles zusammen hat diese Protestwelle ausgelöst.

Britische Universitäten – bald die teuersten auf der Welt

Alle europäischen Staaten, die mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen haben, streichen

Ausgaben im Bildungswesen – Ausnahmen sind allein in Deutschland und Frankreich.

In Großbritannien sind die Einschnitte im Bildungswesen umfassend und vielfältig. Vor allem Studenten aus den Mittelschichten, zu denen in diesem Fall auch Teile der Arbeiterklasse zählen, sind betroffen. Diese Familien müssen z. B. mit der Tatsache umgehen, dass ihre Kinder nach ihrem Abschluss im Durchschnitt mit 40.000 Pfund (allein für Studiengebühren; für Lebenshaltungskosten kommt noch etwas dazu) verschuldet sein werden. Dabei sind viele Eltern aufgrund der Weltwirtschaftskrise verunsichert, wissen nicht, wie es beruflich weitergehen wird.

Die Regierung verlangt nicht nur von den Studenten mehr Geld, sie will zugleich auch noch die Leistungen im Bildungswesen senken. Die Ausgaben für das »höhere Bildungssystem« sollen um 40 Prozent eingeschränkt werden. Dabei soll das Budget für die universitäre Lehre sogar um 80 Prozent gekürzt werden.

Um die Rettung der systemwichtigen Banken zu bezahlen, werden Bildung und Ausbildung für die Masse der Bevölkerung verschlechtert. Dabei müsste die Bildung auf eine sich wandelnde Zukunft ausgerichtet, also nicht eingeengt sein. Hier ist zwangsläufig der nächste gesellschaftliche Widerspruch angelegt.

Die gewerkschaftliche Basis wird aktiv

Ohne eine Alternative zur Regierungspolitik lassen sich der TUC und viele Gewerkschaftsvorstände Zeit mit der Organisierung von Widerstand in der Bevölkerung, sind sie doch auch überzeugt, dass es ohne Opfer nicht geht. Sie orientieren auf März 2011. Doch die massiven studentischen Proteste haben die gewerkschaftliche Basis beflügelt. Örtliche und regionale Gewerkschaftskartelle übernehmen die Initiative. In vielen Städten wurden »Anti-Streich«-Komitees gebildet, um die zahlreichen Widerstandskampagnen gegen die Schließungen von öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen zu vereinigen. Regional finden inzwischen Märsche statt, Jugendzentren werden mit gewerkschaftlicher Rückendeckung besetzt. In den Gemeinden haben es die Gewerkschafter und die Jugend auch mit Labour-Stadträten zu tun, die die Politik der Kürzungen mittragen. Da wird um die Frage gerungen, wie sich mit ihnen auseinanderzusetzen ist.

In diesen Komitees berichten Arbeiter, wie sie von Kürzungen und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen betroffen sind. Dabei sind auch die Feuerwehrleute und die Communication Workers Union (CWU). Auf vielen dieser Versammlungen wird die Labour Party kritisiert, werden die Aktionen der Studenten als Vorreiter einer allgemeinen Bewegung gegen die Regierung gesehen. Jugendsprecher fordern, die reichen Betriebe in die Pflicht zu nehmen. Auch Großkaufhäuser wie Marks & Spencer und Großbanken wie Barclays oder HSBC wollen die Demonstranten im Neuen Jahr »belangen«. Ältere Beschäftigte können sich noch daran erinnern, dass auch mit den großen Opfern, die ihnen abverlangt wurden, die Industrieproduktion nicht gerettet werden konnte, weil für die Aktionäre nicht genügend Profite erwirtschaftet wurden.

Eine der aktiven Gewerkschaften, die Public and Commercial Services Union (PCS), ist nicht bei Protesten stehen geblieben. Die PCS hat vielmehr eine Alternative ausgearbeitet, mit der sie konkrete Möglichkeiten zeigt, wie Sparmaßnahmen zu Ungunsten der Bevölkerung verhindert werden könnten. Sie bleibt damit gewiss im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung, jedoch zeigt sie damit konkret, dass die jetzige Regierung einseitig die Schulden

Ökonomischer Hintergrund der Sparpolitik

Großbritannien ist in den letzten Jahrzehnten konsequent den Weg von einer Industrie- hin zu einer Dienstleistungswirtschaft gegangen. Hin also vor allem zum Finanzsektor mit der Londoner City im Mittelpunkt. Mit rund 30 Prozent (2009 wie auch 2010) haben Finanz-, Versicherungs- und Geschäftsdienstleistungen einen bedeutenden Anteil am BIP. Die Industrie hat einen Anteil von knapp 18 Prozent, gefolgt von Handel und Fremdenverkehr mit einem Anteil von 15,7 Prozent, Telekommunikation und Transport (8 Prozent) und Bauwesen (6 Prozent).

Laut Angaben der OECD wurde keine andere zentrale Wirtschaft seit den 70er Jahren so deindustrialisiert wie die britische. Allein in den letzten drei Jahrzehnten gingen rund vier Millionen Industriearbeitsplätze verloren. Als dann der Finanzsektor strauchelte, war das deshalb für die britische Gesamtökonomie ein noch viel größerer Schock als zum Beispiel in Deutschland. Durch die verschiedenen Rettungsprogramme insbesondere für die Banken wuchs das britische Haushaltsdefizit allein im Jahr 2009 um 155 Milliarden Pfund. Nimmt man alle staatsgarantierten Kredite, Bürgschaften und die unmittelbaren Kapitalspritzen für den Bankensektor zusammen, dann ergab sich bis Mitte 2010 eine Summe von circa 1,3 Billionen Pfund. Das entspricht rund 90 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von 2010.

Neoliberale Politik will die Steuerbelastung der Unternehmen möglichst gering halten: Bekanntlich soll sich der Staat möglichst weit raushalten und alles den Privaten überlassen. Das führte dazu, dass dem Vereinigten Königreich nach Einschätzung des Finanzministeriums 2009 infolge von Steuerflucht und anderen Vermeidungsstrategien Steuereinnahmen in Höhe von 42 Milliarden Pfund entgingen. Das entspricht mehr als einem Viertel des Budgetdefizits. (Unabhängige Experten gehen sogar von einem entsprechenden Verlust von 95 Milliarden Pfund aus, wodurch bereits 60 Prozent des jetzigen Defizits abgedeckt wären.) Da nach den Rettungsprogrammen die neoliberale Politik fortgesetzt wird, soll das Budget von Steuerfahndung und Zoll im nächsten Jahr sogar um 15 Prozent gekürzt werden, auf dass die Steuereinnahmen noch weiter sinken.

In diesem Jahr dürfte das Vereinigte Königreich mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von (geschätzten) minus 12 Prozent einen Spitzenplatz innerhalb der EU einnehmen: Und dabei unterliegt Großbritannien nicht der Zwangsjacke des EURO. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat das Pfund gegenüber dem EURO und dem Dollar rund ein Drittel seines Wertes verloren. Das wäre natürlich förderlich für einen industriellen Aufschwung durch den Export – hätte nicht eine Deindustrialisierung stattgefunden. Der Import von Industriegütern ist aufgrund des Währungsverfalls teurer geworden.

Ein anderer Grund für die Probleme ist die internationale Wettbewerbssituation. Deutschland ist in der internationalen Konkurrenz um die niedrigsten Arbeitskosten im letzten Jahrzehnt deutlich davongezogen. Konsequenz aus all dem: Die englischen Kapitalisten müssen den Abfluss an den Staat in Form von Steuern noch weiter als sowieso schon senken und zugleich die Ausbeutung noch deutlicher erhöhen. ■

auf die breite Bevölkerung abwälzt. Gleichzeitig fordert sie auf sich zu organisieren, mit anderen Gewerkschaften und Gruppierungen zusammenzuarbeiten, um diese Regierungspolitik zu verhindern. Dave Prentis, Vorsitzender der großen Gewerkschaft UNISON, redet dagegen links und hält sich mit Taten zurück.

In London wird auf nationalen Konferenzen über den Widerstand gegen die Streichungen beraten. Im Dezember nahmen an solch einer Konferenz Tausende teil. Auch der linke Flügel der Labourparty berät über Widerstand gegen die Streichpolitik der Regierung. Er will den Kontakt zur Bewegung nicht verlieren.

In der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung sind solche Initiativen von unten bekannt. Die spontanen Bewegungen haben sich bisher nur in Ausnahmefällen zumindest für einige Zeit zu schlagkräftigen und grundsätzlichen Bewegungen entwickeln können. Es gilt zu beobachten, ob sich als Folge der Strukturänderung in der Ökonomie des Landes eine Art Bündnis zwischen Facharbeitern und mittelständischen Berufen entsteht. Finden die Lohnabhängigen bei der Verteidigung ihres Besitzstandes, ihrer Arbeitsplätze über den traditionellen Streik hinausgehende Kampfformen? Mit den alten Mitteln des Reformismus ist dieser Verteidigungskampf nicht mehr zu führen. Der reine Streik hatte sich schon in den Gewerkschaftskämpfen vor 30 Jahren als unwirksam erwiesen. Können in diesen Kämpfen diejenigen, die vom Klassenstandpunkt der Lohnabhängigen ausgehen, an Einfluss gewinnen? ■

Labour und die aktuelle Entwicklung in Großbritannien

Großbritannien war das klassische Land der freien Entfaltung des Kapitalismus, das Vorbild für die Entwicklung des Kapitalismus in weiteren Ländern wurde. Dort entstanden auch die ersten elementaren Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, die in einigen Beziehungen ebenfalls zum Vorbild für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der industrialisierten Welt wurden. Jedoch entstand in Kontinental-Europa auf Grund anderer Bedingungen eine politische Arbeiterbewegung, die eine umfassende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Zielsetzung hatte. Als Ziel galt ihr eine sozialistische Gesellschaft, die allen eine freie Entwicklung ermöglichte.

Eine politische Arbeiterbewegung entstand erst spät in Großbritannien. Sie strebte keine revolutionäre Änderung der Gesellschaft an, sondern wollte ausschließlich Reformen innerhalb der kapitalistischen Strukturen durchführen. Weiterhin wollte die Labour Party (LP) Vertreter gewerkschaftlicher Interessen der Arbeiter im Parlament sein. Diese Aufgabenstellung übernahmen nach und nach auch die europäischen sozialdemokratischen Parteien – die LP bekam vor allem nach dem 2. Weltkrieg eine Vorrangstellung in der Sozialistischen Internationale, weil sie durch ihre Regierung ab 1945 eine umfassende Reformpolitik in einer Großmacht einleiten konnte.

Unter dem Vorsitz von Tony Blair (1994 bis 2007) entfernte sie sich jedoch weit von ihrem Ursprung. New Labour setzte den Kurs der vorherigen konservativen Regierungen unter Thatcher und Major fort, der britischen Wirtschaft verbesserte Voraussetzungen für ihre Profitproduktion zu schaffen.

Wird Großbritannien zum Vorreiter der kapitalistischen Entwicklung?

Für den britischen Kapitalismus hatten sich besonders nach dem 2. Weltkrieg die Voraussetzungen für die Profitproduktion negativ entwickelt. Die veraltete britische Wirtschaft war nach dem 2. Weltkrieg gegenüber der durch Zwangsarbeit im 2. Weltkrieg erneuerten deutschen Industrie nicht mehr konkurrenzfähig. Die Demontagepolitik in Verbindung mit den niedrigen Lohnkosten trug ebenfalls zur Erneuerung der Produktion in der BRD bei, während die britische Industrie immer mehr ins Hintertreffen geriet. Ihr Kolonialreich verfiel u.a. durch den Druck der USA, die für ihre Produktion Absatzmärkte in den bisherigen britischen Kolonien suchte. Dadurch verschwand auch das britische Pfund als Währung dieses Wirtschaftsbereiches. Die ehemaligen Kolonien öffneten sich der Konkurrenz als Absatzgebiete und Rohstoffquellen. Die früher vorteilhafte Insellage war für die neuen Wirtschaftsbeziehungen ein Nachteil. Das Mutterland der industriellen Entwicklung geriet ins Hintertreffen.

Die konservative Regierung hatte eine Abwendung von der Industrieproduktion hin zu den Wirtschaftszweigen der Dienstleistungen gefördert. Der Abbau der Arbeitsplätze in der Industrie – beginnend in der Werftindustrie, im Bergbau, der Druckindustrie – hat die Gewerkschaften sehr geschwächt. Der Kampf der Bergarbeiter endete 1985 mit einer bitteren Niederlage. Die eigenständige britische Automobilproduktion verlor ihre Bedeutung, sie wurde teils von ausländischen Unternehmen übernommen, teils durch Zweigbetriebe ausländischer Unternehmen (z.B. Ford, GM, Toyota, BMW) ersetzt.

Die LP wie die Parteien der Sozialistischen Internationale überhaupt sahen die Zersetzung der traditionellen Arbeiterklasse. Sie verstanden den sozialökonomischen Übergang ihrer Stammwählerschaft in das Lager der Mittelklassen als endgültig und passten sich in ihren Wahlaussagen/Programmatik dieser Entwicklung an. Ihrer Einschätzung nach waren die un- und angelernten Arbeiter eine aussterbende Schicht, die gegenüber den »neuen Mittelklassen« wahltaktisch zu vernachlässigen sei. Jedoch waren auch die Kritiker der LP nicht imstande eine richtige Antwort auf diese Entwicklung zu finden. Weder

konnte Labour gegen Thatchers Kampf um bessere Bedingungen für die Profitproduktion eine glaubwürdige Alternative aufzeigen – es gab nichts mehr zu verteilen – noch konnte sich eine Linke als politische Alternative zur LP in der lohnabhängigen Bevölkerung verankern.

New Labour

Labour blieb unter Blair nichts anderes übrig, als den neoliberalen Kurs fortzusetzen: New Labour. Gewerkschaftsfeindliche Regelungen und Gesetze der konservativen Regierungen wurden z. B. beibehalten. So können auch heute noch Gewerkschaften von der Gegenseite wegen Kleinigkeiten vor Gericht gezerrt werden. Für New Labour gab es keine Alternative zu diesem Kurs, der auch von anderen sozialdemokratischen Parteien übernommen wurde. Die LP gewann mit diesem Kurs Wahlsiege, die ihr ermöglichten die Regierung von 1997 bis 2010 zu übernehmen.

Unter Blairs Nachfolger ab 2007, Gordon Brown, verkümmerte die Partei noch weiter; die Gewerkschaften verloren weiterhin Mitglieder, der Organisationsgrad sank auf unter 30 Prozent. In den Gewerkschaften und verstärkt auch in der Partei wuchs der Widerstand gegen Brown. Er verblieb aber als Vorsitzender bis zur Wahl im Mai 2010. Eine Alternative zu Brown gab es weder in der Partei noch in den Gewerkschaften. Wie die LP haben auch fast alle europäischen sozialdemokratischen Parteien, so z.B. in dem sozialdemokratischen Musterland Schweden, schwere Rückschläge bei den Wahlen erlitten.

Spontane Streiks

Die Arbeiterbewegung erholt sich nur mühsam von den Schlägen, die ihr u. a. mit den Antigewerkschaftsgesetzen von den konservativen Regierungen zugefügt wurden. Noch während die LP weiterhin die innen- wie außenpolitische Zusammenarbeit mit den rechtsbürgerlichen Kräften suchte, entstanden unter den Lohnabhängigen schwache Ansätze zu einer Gegenbewegung. Einige Gewerkschaften (Eisenbahner) und Berufsgruppen im Baugewerbe griffen gesellschaftliche Widersprüche auf und versuchten sie durch Streiks zu artikulieren. Sie wandten sich so u. a. gegen Versuche ausländische Arbeiter als Lohndrücker einzusetzen. Dies wurde nicht von allen auf der Linken verstanden, die ihnen in den aktuellen Konflikten Nationalismus vorwarfen. Die Streikenden hatten jedoch als Erfahrungshintergrund, dass die Richtlinien der EU und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) nicht den unmittelbaren Interessen der Arbeiter entsprachen. Die »freie Beweglichkeit der Arbeitskraft« ist nicht ohne weiteres ein Vorteil für die Arbeiter. Wie die gesamte EU sind auch die Urteile des EUGH Ausdruck von kapitalbedingten Machtverhältnissen. Rechtsprechung erfolgt auf der Grundlage der Regeln, die zur Zusammenarbeit in der EU ausgearbeitet sind, die letzte dieser ist der so genannte Lissabonner Vertrag. Solange die Machtverhältnisse in der EU eindeutig von den Kräften des Kapitals bestimmt werden, wird die Rechtsprechung auch ihren Interessen entsprechen, weil die Rechtsgrundlage dem entspricht. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche bzw. gegensätzliche Kapitalinteressen, verschiedene Branchen haben ein größeres Interesse daran die Rechtsgrundlage zu unterlaufen als andere. Es entspricht nicht den Interessen des Gesamtkapitals, dass dies geschieht, jedoch wäre es vor allem die Aufgabe der Gewerkschaftsbünde oder des gemeinsamen Organs, des Europäischen Gewerkschaftsbundes, dies zu verhindern. In der derzeitigen Lage kann der EGB offenbar nicht die Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen ausnützen und bzw. oder die Arbeiter gegen die einzelnen Unternehmergruppen mobilisieren. Die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes hat sich der neoliberalen Ideologie angepasst, sie kann daher nicht mobilisieren.

Im konkreten Fall wurde der Versuch der Lohndrückerei durch ausländische Arbeiter in Großbritannien der auslösende Faktor. Die Folge war jedoch nicht, dass die britischen Nationalisten Wind in die Segel bekamen. Sie bemühten sich zwar, jedoch führte es im Gegenteil zu einer Solidarisierung schon im Lande arbeitender Ausländer mit den Streikenden. Die LP hatte sich schnell den Vorwürfen gegen die konfliktbereiten Arbeiter angeschlossen.

Unterhauswahlen 2010

Bei den nationalen Wahlen im Mai 2010 verlor die LP wie erwartet ihre Mehrheit der Abgeordneten. Sie fiel von etwa 35 auf 29 Prozent zurück, die Konservativen gewannen etwa 3 Prozent, die Liberaldemokraten ungefähr 1 Prozent zu ihren bisherigen Anteilen von 32 Prozent bzw. 22 Prozent. Verschiedene sozialistische Gruppierungen, wie etwa die Richtung um »Respect«, konnten sich nicht durchsetzen. »Respect« verlor den bisherigen Sitz. Weder auf der Linken noch auf der Rechten entwickelte sich eine Kraft, die die enttäuschten Wähler auffangen konnte.

Die rechtsradikale und rassistische British National Party (BNP), die u. a. auch in der Arbeiterbevölkerung agitiert, konnte ihren Stimmenanteil von 0,7 Prozent auf 1,9 Prozent steigern. Im Unterschied zur letzten Europawahl, wo sie mit einem anderen Wahlrecht mehrere Sitze holte, erreichte sie jedoch nirgends eine Vertretung. Das Versagen der LP, wie es sich u. a. in verschiedenen Korruptionsfällen von Abgeordneten der Partei zeigte, verstärkte den für die LP negativen Ausgang der Wahlen. Die Frustration führte aber nicht zu einem starken Gewinn der BNP.

Das Ergebnis der Wahlen war im Land ungewöhnlich, weil keine der Parteien eine eigene absolute Mehrheit bekam. Die Liberaldemokratische Partei war früher in etwa sozialliberal. Sie ist auf wirtschaftsliberale Positionen gerückt und konnte so von der Konservativen Partei für eine Koalition gewonnen werden.

Labour nach den Wahlen

Als Konsequenz aus der Niederlage trat Gordon Brown als Vorsitzender zurück. Die Parlamentsfraktion nominierte fünf Kandidaten für die Wahl des Nachfolgers im September 2010. In ihren Wahlaufrufen betonten die Kandidaten in unterschiedlichem Maße allesamt die Notwendigkeit der aktiven Teilnahme der Mitgliedschaft an der Neuentwicklung der Politik; vier von ihnen traten für die Aufrechterhaltung der britischen Trident-U-Boote mit Atombewaffnung ein – nur Diane Abbot sprach sich dagegen aus. Die anderen vier Kandidaten, so links einige sich auch gaben, waren für die Beibehaltung und Erneuerung der U-Boote.

Gewählt wurde Ed Miliband, der sich knapp gegen seinen Bruder, den früheren Außenminister David Miliband, durchsetzte. Ed Miliband wurde von den fünf größten Gewerkschaften, die der LP angehören, unterstützt. Die Basis seines älteren Bruders lag dagegen in der Parlamentsfraktion. Nach der Wahl Ed Milibands verließen einige Millionäre, die New Labour im vergangenen Jahrzehnt mit Millionenbeträgen gestützt hatten, die Partei. Anscheinend wurde die Wahl des jüngeren Bruders als eine Art Linksruck verstanden. Dieser versicherte jedoch sogleich, Labour würde nicht geändert werden. Er sucht zwar im Unterschied zu New Labour und Blair die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, redet jedoch nur links. Einige prominente Parteimitglieder wie Alan Johnson (Schatzkanzler im Schattenkabinett der LP) fordern, dass sich die LP organisatorisch von allen Gewerkschaften trennt. Ein Bruch würde wahrscheinlich zum Ende der Partei führen. ■

■ FÜNF WOCHEN STREIK BEI DER MASCHINENFABRIK ATLAS

Belegschaft wehrt schwere materielle Einschnitte ab

Sanierer kehrt als Eigentümer zurück

Das 1919 gegründete Maschinenbau-Unternehmen Atlas, das Kräne und Bagger produziert, wurde 2001/2002 von dem US-amerikanischen Baumaschinenkonzern Terex erworben. Hauptmotor dieses Geschäfts und erster harter Sanierer dieses Unternehmens war der bulgarisch-amerikanische Unternehmer und Manager Fil Filipov. Nach Verlusten trennte sich Terex im Frühjahr 2010 wieder von Atlas. Eigner der Atlas Maschinenfabrik wurde der ehemalige Terex-Manager Fil Filipow. Er erwarb das Unternehmen zum symbolischen Preis von einem Euro plus einer Mitgift in Höhe von 17 Millionen für Betriebsmittel. Sofort kündigte Fil Filipov der Belegschaft Entlassungen, Versetzungen und neue Arbeitsbedingungen an. Den Beschäftigten wurden »Arbeitsvertragsergänzungen« zur Unterschrift vorgelegt. Darin sollten sie erklären, freiwillig und ohne Lohnausgleich fünf Stunden länger zu arbeiten. Zur Unterzeichnung wurden massiver Druck und Einschüchterungen eingesetzt. Dadurch sanken die Stimmung und Motivation der Belegschaft auf null.

»Nur ich entscheide, sonst niemand«, das ist Filipovs Devise nach innen und nach außen. Wer das nicht wolle, werde früher oder später gehen. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates beachtete er nicht und wegen Missachtung des Betriebsverfassungsgesetzes mussten Arbeitsgerichtsprozesse geführt werden. Zehn Kündigungen – überwiegend in der Produktion – gab es inzwischen. Zur Beilegung der Streitpunkte wurde von Belegschaftsseite die IG Metall eingeschaltet.

Die Kolleginnen und Kollegen wehren sich gemeinsam mit der IG Metall

Der Unmut der Kollegen führte dazu, dass auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der drei Betriebe Delmenhorst, Ganderkesee und Vechta am 10.8.2010 die IG Metall aufgefordert wurde, zum Schutz der Belegschaftsinteressen den Kampf um einen Haustarifvertrag aufzunehmen.

Daraufhin drohte Inhaber Filipov öffentlich mit Standortschließung, Produktionsverlagerung, Ersatzarbeitskräften und Insolvenz.

In einer Unterschriftenaktion sprach sich die überwältigende Mehrheit der Gesamtbelegschaft dafür aus, keine neuen Einzelarbeitsverträge mehr zu unterschreiben, stattdessen eine »Tarifbindung« anzustreben. Fil Filipov antwortete mit einer öffentlichen Diffamierung von BR-Mitgliedern. Eine Einigungsstelle entschied, dass der Eigner Filipov wirtschaftliche Daten vorlegen muss. Er legte alles auf Englisch vor. Tarif- und Verhandlungsaufforderung der IG Metall wurden von der Geschäftsführung schroff zurückgewiesen – es gab also eine Totalverweigerung von Seiten des Unternehmers.

Nach betrieblichen Aktionen und einem ersten Warnstreik am 10. September versuchte die IG Metall über einen Sanierungstarifvertrag (mit Verzichtsleistungen der Belegschaft) zu verhandeln – Filipov lehnte ab. Daraufhin fand am 11. Oktober ein zweiter Warnstreik mit einer zentralen Kundgebung statt. Aufgebracht über das Verhalten des Eigners war das Vorgehen der IG Metall für viele Kolleginnen und Kollegen zu zögerlich. Bei einer Beteiligung von 98,8 Prozent stimmten bei der Urabstimmung am 19.Oktober 79,1 Prozent der wahlberechtigten IGM-Mitglieder für einen Arbeitskampf. Der Organisationsgrad unter den 650 Beschäftigten der drei Werke beträgt 80 Prozent.

Die Belegschaften streiken

Am 22. Oktober begann der Streik, zunächst am Standort Ganderkesee (Landkreis Oldenburg) – begrenzt auf eine Woche. Mit einigen Leiharbeitern versuchte die Geschäftsleitung die Produktion teilweise aufrechterhalten. Die fünf Tore des Werks wurden 24 Stunden am Tag und auch am Wochenende von Streikposten bewacht. Schutz gegen unwirtliches Wetter boten am Haupteingang ein beheiztes Zelt und ein Unterstand. In Gesprächen am Tor konnten einige Arbeitswillige noch dafür gewonnen werden, sich am Streik zu beteiligen.

Zulieferer konnten anfangs überzeugt werden, wieder umzukehren. Einen freundlichen Gruß erhielten die Streikenden regelmäßig vom Lokführer der vorbeifahrenden Nordwestbahn. Die örtliche Polizei ließ sich von der Geschäftsführung nicht instrumentalisieren.

Da in Ganderkesee acht Leiharbeiter der Firma Timepartner beschäftigt waren, wandten sich die Betriebsräte mehrerer Bremer Großbetriebe, bei denen auch Kollegen dieser Leiharbeitsfirma arbeiteten, an die Geschäftsführung von Timepartner. Daraufhin wurden diese Leiharbeiter vom Werk Ganderkesee abgezogen.

Firmeninhaber Filipov drohte am ersten Streiktag in einem Flugblatt mit dem Wegfall von 60 Prozent der Stellen in der Konstruktion durch Ausgliederung und Schrumpfen der Belegschaft von 650 auf 190 Stellen. Er verteilte das Blatt persönlich vor dem Tor des Delmenhorster Werks. Mit Hubschrauberflügen auf das Ganderkeseeer Betriebsgelände versuchte er die Belegschaft zu provozieren. Öffentlich erklärte er, dass er seine Frau beauftragt habe, »ihn vorher zu erschießen«, sollte er eine Vereinbarung mit der IG Metall abschließen wollen. Gleichzeitig stellte er fest, der Cash-Flow sei wieder zufriedenstellend und die September-Auslieferungen seien die höchsten sei zwei Jahren. (NWZ-online v. 4.10.10).

Da Eigentümer Filipov mit einer Woche Streik in einem der Betriebe nicht zum Einlenken zu bewegen war, traten ab 1.11.10 auch die Delmenhorster und dann ab 8.11.10 auch die Belegschaft in Vechta in den Streik.

Firmenleitung setzt die Familien unter Druck

Als die Firmenleitung den Familien in Briefen drohte, unentschuldigtes Fehlen der Arbeiter mit Abmahnungen und Entlassungen zu ahnden, begegnete die IGM dieser angestrebten Verunsicherung am 13.11.10 an allen drei Standorten mit Familiennachmittagen mit Kaffee und Kuchen. In Delmenhorst kamen 50 Angehörige. Rund 200 Menschen nahmen an einer Veranstaltung vor dem Werk in Vechta teil.

In Delmenhorst wiesen einige Ehefrauen von Atlas-Arbeitern in einem Schreiben an die Tageszeitung auf die schwierige Situation hin, in der sich die Beschäftigten und ihre Familien befanden: *»Viele unserer Männer sind seit 30 Jahren und länger mit dem Betrieb verwachsen. Sie würden lieber unter menschenwürdigen Bedingungen im Betrieb arbeiten, als davor zu stehen und ihn zu bestreiken.«* Sie warfen Atlas-Chef Fil Filipov unter anderem fehlende Fürsorge für seine Mitarbeiter vor. Er behandle seine Leute wie eine austauschbare Ware, die man in Zukunft einfach billiger einkaufen wolle.

Solidarität

Während in Ganderkesee Maschinenbauer im Ort Informationsblätter verteilten, informierte in Delmenhorst der DGB die Bevölkerung. Viel Zuspruch erfuhren die aktiven Gewerkschafter bei der Verteilung von Informationsblättern an die örtliche Bevölkerung. Ein Atlas-Betriebsrat sprach vor Gewerkschaftern von Mercedes-Benz und auch von Airbus und nahm an einer Aktion der mdexx-Belegschaft teil.

Gewerkschafter der großen Betriebe der Region Nordwest, Privatpersonen, der türkische Arbeiterverein, christliche und islamische Einrichtungen überbrachten solidarische Grüße und informierten sich über den Streik. Von ihnen kam auch materielle Unterstützung wie extra an-

ATLAS Maschinenbau GmbH – Eine kurze Chronologie

1919: Gründung Firma Weyhausen
1949: Bau des ersten Hydraulikbaggers
1998: Übernahme durch Firma Eder Handels- und Beteiligungsgesellschaft. Auch diese konnte das Unternehmen nicht halten.
2001/2002: Übernahme der Atlas-Werke durch den US-amerikanischen Baumaschinenriesen TEREX. Als Sanierer setzte TEREX seinen bulgarischstämmigen Manager Fil Filipov ein. Dieser erfahrene Sanierer reduzierte die Belegschaft schrittweise von 1600 auf 900 Beschäftigte. Auffanggesellschaften wurden gebildet. Der Produktionsstandort Löningen wurde 2004/4005 geschlossen.
2002 – 2009: Unter TEREX gab es für die Beschäftigten einen Anerkennungstarifvertrag der Metallindustrie. Wegen Marktkrisen mussten die Beschäftigten zwischenzeitlich weitere Zugeständnisse bei ihren Arbeitsbedingungen hinnehmen. Durch weiteren massiven Personalabbau sind nunmehr nur noch ca. 650 Mitarbeiter be-schäftigt.
Seit 2004 haben die Kollegen in der Produktion 12 Prozent Leistungszulage verloren. Jubiläumszuwendungen wurden abgeschafft bzw. Betriebsvereinbarungen gekündigt ohne Nachwirkungen. Lohn und Gehalt ist heute noch auf dem Stand vom 1.2.2009.
Die Tariflohnerhöhungen vom 1.5.2009 und 31.3.2010 sind nicht mitgemacht worden.

Februar/März/April 2010: TEREX verkauft die ATLAS-Werke Delmenhorst, Ganderkesee und Vechta (650 Beschäftigte), weil die Gewinnerwartungen nicht erfüllt wurden. Über eine sog. Vorratsgesellschaft werden die Werke an den Unternehmer Fil Filipov verkauft: Preis: symbolisch ein Euro, 17 Millionen erhält Filipov als Betriebsmittel für 2010/2011. Die Arbeitsverhältnisse gehen auf die neu firmierte Atlas Maschinen GmbH ge-mäß Bürgerliches Gesetzbuch § 613 a über und dürfen nicht vor Ablauf von einem Jahr zum Nachteil der Beschäftigten verändert werden. Alleiniger Gesellschafter der Atlas Maschinen GmbH: Fil Filipov.
Der neue Eigentümer ist nicht mehr tarifgebunden. Die Übernahme verdrängt die kollektiven Leistungen des bestehenden Firmentarifvertrages. Sie gehen nur noch auf die individuellen Arbeitsverhältnisse über.
Ohne einen Tarifvertrag wird es folgende Vereinbarungen nicht mehr geben: Alterssicherung / Kündigungsschutz ab 56, Verdienstsicherung älterer Beschäftigter, Urlaub (statt tarifliche 30 nur noch gesetzliche 24 Tage, statt tarifliche fünf jetzt gesetzliche sechs Arbeitstage), andere Bestandteile wie Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld), die 40 Std/Woche bei 35 Stunden Bezahlung sind schon in den vorgelegten Verträgen vorhanden!
Diese Erfahrungen ließen einige Fragen bei den Kollegen aufkommen: Warum hat Terex an seinen Manager Filipov verkauft? Will Terex sich nicht die Finger schmutzig machen, den Ruf der Firma schonen? Warum erhält Filipov für Atlas in diesem Jahr noch zehn Millionen und im kommenden Jahr noch sieben Millionen Euro von Terex (Filipov am 25. März in einem Mitarbeiterbrief)? Zu Terex gehören auch die Baggerproduzenten Schaeff und Fuchs. Geht das Geschäft mit den Baumaschinen so schlecht, dass Atlas aus Unternehmersicht vom Markt muss? Oder will Filipov sich Konkurrenzvorteile verschaffen?

gefertigte Solidaritätskoksöfen mit Koks, Holz, wärmende Westen, Geldspenden und Lebensmittel.

Ein Schreiben des Siemens-Gesamtbetriebsrates an Filipov wurde bekannt (siehe weiter unten). 20 Gewerkschafter demonstrierten am 24.11.10 im nordhessischen Borken gegen den Einsatz von Borkener Beschäftigten als Streikbrecher in den bestreikten Werken. Nicht unwichtig war der Erfahrungsaustausch mit Gewerkschaftskollegen anderer Betriebe. Als prominentester Gewerkschafter ließ sich der zweite IGM-Vorsitzende Detlev Wetzel blicken.

Von der SPD kamen Landespolitiker; ihr Ortsverein half beim Streik; Gewerkschaftssekretäre organisierten ein Gespräch der Betriebsratsvorsitzenden mit dem Parteivorsitzenden Gabriel in Hannover; der empfahl ihnen, einen Schlichter zu nehmen und hob hervor, dass die Arbeitnehmer in schwierigen Lagen immer als erste bereit seien, Einbußen hinzunehmen, mehr zu arbeiten oder auf Gehalt zu verzichten. Vom Bundesvorsitzenden über Landespolitiker bis zu örtlichen Funktionären ließen sich Politiker der Partei DIE LINKE sehen.

Blockade per Gericht gebrochen

Atlas versuchte mit Streikbrechern und Leiharbeitern die Produktion notdürftig aufrecht zu erhalten. Auch über die Agentur für Arbeit versuchte der Unternehmer Leiharbeiter als Streikbrecher einzustellen. Doch wichtige Fachleute können nicht so schnell durch Leiharbeiter ersetzt und 200 Krantypen nicht mit völlig neuen Leuten hergestellt werden.

Seit Beginn des Streiks hatten die Streikposten erfolgreich die Zufahrt und Ausfahrt von LKWs verhindern können – z. T. mit Verständnis der LKW-Fahrer. Ab 15. 11.10 war dann über einen gerichtlichen Vergleich geregelt, dass die Lkws zu allen drei Werken ohne Blockaden über jeweils ein Tor Zugang finden müssen. Die Übernahme dieser Regelung für Vechta regte die IGM von sich an. Sie pries vor den Streikenden als Erfolg, dass sie an den betroffenen Toren maximal 15 Minuten Zeit hätten, den Fahrern der Lieferfahrzeuge über ihren Streik zu informieren. Den Ganderkeseeer Streikposten tat es im Herzen weh, nicht verhindern zu können, dass acht Bagger aus dem Werk rollten. Mit der Gerichtsentscheidung waren die Streikenden da blockiert, wo sie bisher Initiative gezeigt hatten.

Wie weiter?

Weil Filipov sich auf nichts einließ, zog sich der Streik hin. Bei den Kolleginnen und Kollegen traten viele Fragen auf. Nicht wenige Kollegen sind schon etliche Jahre, Jahrzehnte, bei der Baumaschinenfabrik Atlas beschäftigt, haben das Schrumpfen der Firma erlebt. Zur Zeit von Atlas-Weyhausen war noch alles im Gespräch zwischen Eigentümer und Betriebsratsvorsitzendem einvernehmlich geregelt worden. Tarifverträge der IG Metall sind eine Sicherung unseres Einkommens, war die bisherige Erfahrung. Nun sind die Kollegen aus ihrer Sicherheit gerissen, verunsichert. Selbst einen weiteren Verzicht beim von der IGM vorgeschlagenen Sanierungstarifvertrag hätten sie vor dem Streik ertragen. Im Streik von sich aus in die Öffentlichkeit zu wirken, andere Belegschaften um Solidarität zu ersuchen, war ihnen fremd. Jahrzehntelang haben die Lohnabhängigen in Politik und Wirtschaft die Vertretung ihrer Interessen Stellvertretern überlassen und waren damit gut gefahren.

Nach insgesamt vier Wochen Streik sah es so aus, als sei diesem Unternehmer mit einer Arbeitsniederlegung nicht beizukommen. Der Oldenburger IGM-Bevollmächtigte Hartmut Tammen-Henke klagte die Gemeinde Ganderkesee an, Hubschrauberflüge ins Werk gestattet zu haben, und dem Arbeitgeberverband warf er vor, Atlas-Chef Filipov nicht im Zaum zu halten (Filipov war ohne Tarif im Arbeitgeberverband). In der Antwort wurde er auf die Rechtslage hingewiesen: Es gebe keine Verpflichtung zum Tarif, und Unternehmer, die einen solchen Vertrag nicht wollten, würden sich nicht gleich außerhalb des Grundgesetzes stellen (Delmenhorster Kurier, 19.11.10).

Der Delmenhorster Betriebsratsvorsitzender Werner Magnus sah die Gefahr, dass sich andere Unternehmer an ihm ein Beispiel nehmen: *»Wenn Filipov mit seiner Sache durchkommt, wird es sicher einen Flächenbrand geben.«* Betriebsräte baten in einer Sitzung des Delmenhorster Stadtrats darum, die Vermittlungen von Arbeitsuchenden zu Atlas durch die Agentur für Arbeit und die Arge zu unterbinden. Solidarität der sozialdemokratischen Bürgermeister in Worten und ihre Neutralität in der Tat, das verstimmte Kolleginnen und Kollegen.

Der Gewerkschaftsfunktionär und der Belegschaftsvertreter haben Schwachpunkte des Arbeitskampfes aufgezeigt. Sie sehen sich als »Sozialpartner« der Unternehmer, die stellvertretend für die Gewerkschaftsmitglieder handeln. Von einem unüberbrückbaren Klassengegensatz hatten sie bisher nichts gespürt. Nun sind sie ihm ausgesetzt, allerdings ohne sich dessen bewusst zu sein. Ihr Handeln bleibt deshalb noch bestimmt durch die alten Erfahrungen.

So suchte die IGM-Verwaltungsstelle Oldenburg anstelle bei den anderen DGB-Gewerkschaften und den Belegschaften großer Betriebe der Region bei den im niedersächsischen Landtag vertretenen bürgerlichen Parteien, den Kirchen und dem Arbeitgeberverband Oldenburg Beistand gegen den Unternehmer Filipov.

»Tag der Solidarität«

Eine im Delmenhorster DGB-Kartell angeregte allgemeine Demonstration konnte dort nicht gegen die Oldenburger DGB-Sekretärin Welzel durchgesetzt werden – obwohl sich alle über die Notwendigkeit einig waren. Zustande kam eine kurzfristig von der IG Metall organisierte Kundgebung auf dem Platz »Am Stadtwall« in Delmenhorst, für die die Delmenhorster individuell – jedoch nicht die Belegschaften der Delmenhorster Betriebe – mobilisiert wurden. Während Gewerkschaftskollegen aus Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in Wilhelmshaven/Friesland die Streikposten stellten, konnten die Kollegen aus den drei Produktionsstandorten an der Kundgebung teilnehmen. 600 Teilnehmer waren auf dem Platz. Belegschaftsvertreter betonten: *»Es geht nicht um mehr Geld. Die Belegschaft will nur einen ordentlichen Tarifvertrag.«* Obwohl alle drei Bürgermeister schon nach dem zweiten Warnstreik von Filipov eine Abfuhr erteilt bekommen hatten, wiederholten die Bürgermeister von Ganderkesee und Delmenhorst ihre Bereitschaft zu vermitteln.

Der DGB-Vorsitzende der Region Oldenburg-Wilhelmshaven, Manfred Klöpper, sprach als einziger Redner von Kapitalismus. Er freute sich, dass die zahlreich anwesenden Parteivertreter (von der SPD) auf Seiten der Streikenden standen und schob nach: Den Weg freigemacht für ein Verhalten wie das des Unternehmers Filipov, der die Löhne senken und Arbeiterrechte abschaffen will, hat die rotgrüne Koalition unter dem SPD-Kanzler Schröder, indem sie einen Niedriglohnsektor schuf, u.a. mit der Lockerung der Leiharbeitergesetze.

Peter Erlanson von der Bremer Linkspartei forderte die Durchsetzung des Generalstreiks zum Kampf gegen den Ausstieg aus Tarifverträgen, gegen die Leiharbeit, gegen die Rente mit 67. Die Folkloregruppe des türkischen Arbeitervereins Delmenhorst lockerte die Veranstaltung mit bulgarischen und mazedonischen Tänzen auf.

»Gesamtzusage« statt Tarifvertrag

Zwei Tage nach dem »Tag der Solidarität« – einen Monat nach Streikbeginn – bewegte sich der Unternehmer.

Bei einem Gespräch des Gesamtbetriebsrates mit der Werksleitung am 22.11.10 übergaben Vertreter der Geschäftsleitung den Betriebsratsvorsitzenden eine »Betriebsvereinbarung«. Der Eigner äußerte sich nur schriftlich. Er drohte den Beschäftigten bei Fortsetzung des Streiks an, Betriebsteile auszugliedern. Die IG Metall beugte sich Filipovs Weigerung, mit ihr zu verhandeln, damit er nicht sein Gesicht verliere und ließ den Gesamtbetriebsrat die Verhandlungen führen. Die Tarifkommission saß im Nebenraum.

Am 26.11.10 wurden die Belegschaften mit einem IGM-Flugblatt informiert. Die Kollegen lasen im Informationsblatt als Ergebnis:

Kollektive Absicherung der Arbeitsbedingungen durch Gesamtzusage!
Kollektive Vereinbarung: die Tarifverträge gelten weiter!
Die Regelung in Stichworten:

- *Kollektive Absicherung der Arbeitsbedingungen durch Gesamtzusage!*
- *Der Übernahmetarifvertrag gilt als Bestandteil des Einzelarbeitsvertrages unbefristet weiter!*
- *Keine Ungleichbehandlung der »gewerblichen Arbeitnehmer« und der »Angestellten«! Auch für neueingestellte ArbeitnehmerInnen gelten die Bedingungen des Übernahmetarifvertrages.*
- *2,7 Prozent für alle ab dem 01.05.2011!*
- *Rücknahme von ausgesprochenen Kündigungen und kein Ausspruch von geplanten Kündigungen!*
- *Aus Anlass des Arbeitskampfes gestellte Strafanträge werden zurück genommen!*

Die betriebliche Tarifkommission empfiehlt die Annahme des Ergebnisses.

Die Gesamtzusage (nur von Unternehmerseite unterschriebene Vereinbarung) kann frühestens zum 31.12.13 gekündigt werden.

Am Sonntag, 28.11.10, fand in Oldenburg die Mitgliederversammlung statt. Die IGM-Funktionäre drängten auf Annahme des Ergebnisses: Das sei mehr, als sie erwartet hätten. Am 29.11.10 – 40 Tage nach Streikbeginn – wurde die Urabstimmung durchgeführt. 325 Streikende von ca. 520 Mitgliedern gaben ihre Stimme ab. 96,9 Prozent stimmten für die Beendigung des Streiks (Weserkurier). Ca. 175 Mitglieder nahmen an der Abstimmung nicht teil, hatten u.a. Urlaub genommen oder sich krank gemeldet; wenige gehörten zu den Streikbrechern.

Freude und Nachdenklichkeit

Die Streikenden haben im Kampf zusammengefunden und Rückgrat gezeigt. Sie haben dabei viel solidarischen Besuch aus den Betrieben und der Bevölkerung erhalten. Das gab ihnen Kraft, fünf Wochen zu streiken. Das materielle Ergebnis ist der Lohn für den Kampf der Kolleginnen und Kollegen: Sie haben dem Unternehmer abgerungen, dass sie weiterhin den Lohn erhalten, der ihnen laut ihrer Übergangstarifverträge zusteht, einschließlich Urlaubs- und Weihnachtsgeld, und eine Arbeitszeitverlängerung verhindert.

Voraussetzung dafür war die geschlossene Haltung der aktiven Mehrheit der Belegschaft. Viele Kollegen brachten zum Ausdruck, stark genug zu sein, eventuelle Verstöße des Unternehmers abwehren zu können, sahen einen Grund zum Feiern.

Auch wenn es aus dem Abstimmungsergebnis nicht ersichtlich ist, es gab auch Kollegen, die ihren Streik im Zusammenhang des allgemeinen Sozialabbaus sehen, nachdenklich waren. Auf der Mitgliederversammlung hatte sich zwar keiner getraut, etwas zu fragen. Doch die Fragen sind im Gespräch: Nach fünf Wochen Streik kein richtiger Tarifvertrag? Was haben wir zu erwarten? Sind die Kollegen jetzt einzeln erpressbar? Neu eingestellte Kollegen werden erst nach zwölf Monaten nach Tarif beschäftigt. Wird die Fluktuation der jungen Mitarbeiter bei Atlas in Zukunft extrem steigen? Wird das befristete Arbeitsverhältnis die Regel werden? Was hat die Belegschaft in den nächsten zwei Jahren Maßregelungsversuchen entgegenzusetzen? Warum hat Filipov beim Lohn eigentlich nachgegeben??? Welche Perspektive gibt es Ende 2013 beim Auslaufen des Vertrages? Dann muss doch aufs Neue für einen Tarifvertrag gekämpft werden!

Nach langem Arbeitskampf gestand Filipov der Belegschaft ihre materiellen Forderungen in der Form einer einseitigen Willenserklärung, der Gesamtzusage, zu. Sie hat die Rechtsbindung eines Tarifvertrages.

Doch bleibt die Gewerkschaft als Organisation außen vor. Nachdenkliche Kollegen vermissten unter diesen neuen Erfahrungen nun auch den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, der schon in der Zeit von Weyhausen nicht wieder gewählt worden war.

Der Kampf ist nicht zu Ende, sondern geht in die nächste Runde. Atlas ist weiterhin dem scharfen Konkurrenzkampf unter den Baumaschinenherstellern ausgesetzt. Der Eigner wird deshalb alles daran setzen, seine Profiterwartung über eine Erhöhung der Ausbeutung der Belegschaft zu realisieren.

Nach dem Streik

In allen drei Produktionsstandorten wurden Mitte Dezember Betriebsversammlungen durchgeführt. Vertreter der Geschäftsleitung blieben fern, weil die IG Metall teilnahm. Mit Umsetzungen und Versetzungen übt die Geschäftsführung Druck auf die Aktiven des Streiks aus. Verweigert der Betriebsrat seine Zustimmung, landet das Verfahren vor Gericht. Zwischen Streikenden und Streikbrechern besteht eine große Kluft, die der Unternehmer ausnutzt. Das Betriebsklima ist damit schlechter als vor dem Streik und eine psychische Belastung – dabei war das Verhalten Filipovs für die Kollegen ein Grund zum Streik gewesen. Um den Produktionsrückstand aufzuholen, hat sich die Belegschaft für die ersten drei Monate zu einer 40 Std.-Woche und Zusatzschichten am Sonnabend bereit erklärt. Zur Kostensenkung wird jetzt in der Verwaltung Personal abgebaut.

Inzwischen haben sich Atlaskollegen anonym an die Lokalzeitung gewendet und drohende Diskriminierungen beklagt: Mit einer betriebsöffentlichen Ankündigung, Fehlzeiten und die »ungewöhnlich hohe Zahl von Behinderten« zu untersuchen, versucht der Unternehmer, die Belegschaft weiter zu spalten.

■ GESAMTZUSAGE STATT TARIFVERTRAG

Bewertung der Kräfte

Dass der Unternehmer Filipov nach dem »Tag der Solidarität« seine Position: *»Weder plane ich, noch habe ich jemals geplant, Gespräche mit der IG Metall oder irgendjemand anderem zu führen, und ich lasse mich auch nicht auf Politik ein«*, so überraschend räumte, erklärt sich nicht aus der Solidaritätsveranstaltung, eher daher, dass die IG Metall den Atlas-Großkunden Siemens zur Androhung der Aufkündigung seiner Geschäftsbeziehungen zu Atlas gewinnen konnte. Die in der Finanzkrise gefestigte gute Zusammenarbeit der IG Metall mit den Unternehmern und der Regierung durfte sich hier hinter den Kulissen bewähren. Der IG Metallvorsitzende Huber ist schließlich auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens.

Hier durfte sich in kleiner Münze auszahlen, dass die Flächentarifverträge momentan ganz nach dem Geschmack der Unternehmer sind, Tausende von Sanierungstarifverträgen und Öffnungsklauseln ihren Interessen entgegenkommen, Unternehmervertreter wie Hundt und Kannegießer sich zu emphatischen Verteidigern des Flächentarifs aufschwingen, weil die Unternehmen Lohnerhöhungen scheinbar ganz nach ihrem Gutdünken, quasi gottgegeben und abhängig von der Lage des Geschäfts gewähren können. Ausdruck der guten Zusammenarbeit ist auch das Zusammengehen der »Sozialpartner« beim Thema Tarifeinheit. Die großen Konzerne, aber auch die Mehrheit der mittelständischen Unternehmer zeigen sich mit diesen Gewerkschaften zufrieden. Und die hauptamtlichen Kollegen des normalen Tarifgeschäfts sehen die Unternehmer durch Zugeständnisse besänftigt, wittern keine Gefahr, wenn ein Unternehmer wie Filipov auftaucht, solange es irgendwie gelingt, ihn durch das Zugeständnis gleicher Tarifbedingungen wie in der Branche auszubremsen.

Um diesen Hintergrund nicht zu arg zu beleuchten, wurde der Gesamtbetriebsrat von Siemens vorgeschickt, der Gesamtbetriebsrat(!) forderte Filipov auf, Tarifverhandlungen aufzunehmen: *»Die Regelungen zu Compliance, die Business Conduct Guidelines und der Code of Conduct bei Siemens beinhalten, dass Siemens nur mit solchen Zulieferern Geschäftsbeziehungen unterhält, die die Gesetze unserer Rechtsordnung einhalten und die Grundrechte der Mitarbeiter und die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten wahren.«* (Solidarität mit Atlas und VAL (einem weiteren Betrieb Filipovs) vom 19.11.2010, Siemens Dialog der IG Metall www.dialog.igmetall.de.)

Der Unternehmer Filipov hat den Wink sofort verstanden. Die IG Metall hält den Preis, Filipov erlaubt zu haben, das Gesicht zu wahren und keinen Tarifvertrag mit der IG Metall zu unterzeichnen, nicht für zu hoch für die Absicherung der Tarifbindungen. (Atlas-Konflikt beendet, Siemens-Dialog 30.11.2010). Ohne fünfwöchigen ökonomischen Druck auf den Unternehmer hätten die Kollegen nichts erreicht. Wenn nun der Druck von Siemens ausschlaggebend war, dürfen nicht glauben, auf solche Vorgänge in Zukunft bauen zu können. Entscheidend wird immer die eigene Kraft in Verbindung mit der Solidarität von Kollegen sein.

Aus »Siemens Dialog«
(Forum der IGM für alle Siemensbeschäftigten)

Solidarität mit Atlas und VAL

Der Gesamtbetriebsrat der Siemens AG wandte sich schriftlich an Filipov und schrieb u.a.:
Sie verweigern alle Gespräche mit der lG Metall, der legalen Tarifpartei bei Atlas, und setzen die Belegschaften existentiell unter Druck. Damit bedrohen Sie die Tarifautonomie, die die Basis unserer Gesellschaft und unserer demokratischen Grundordnung ist. Zugleich haben Sie bislang unter Verstoß gegen die entsprechenden Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes die Einleitung ordnungsgemäßer Wahlen zu einem Betriebsrat bei VA Logistics behindert.

Überprüfung unter Compliance-Aspekt
Der Gesamtbetriebsrat fordert Filipov vor diesem Hintergrund auf, Tarifverhandlungen aufzunehmen, die Bedrohung der Belegschaften einzustellen und Behinderungs- und Beeinflussungsversuche der Betriebsratsbildung bei VA Logistics zu unterlassen. Gleichzeitig will er Siemens auffordern, die Geschäftsbeziehungen zu Filipov zu überprüfen:
Die Regelungen zu Compliance, die Business Conduct Guidelines und der Code of Conduct bei Siemens beinhalten, dass Siemens nur mit solchen Zulieferern Geschäftsbezie-

hungen unterhält, die die Gesetze unserer Rechtsordnung einhalten und die die Grundrechte der Mitarbeiter und die Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten wahren.

(www.dialog.igmetall.de, 19.11.2010)

Compliance-Intervention von Siemens

Neben dem Druck der Öffentlichkeit hat unverkennbar auch die Solidarität aus anderen Unternehmen zum Gelingen der Einigung beigetragen. Wie die »taz« (» Filipov rettet sein Leben«) meldete, hat beispielsweise Atlas-Großkunde Siemens mit Verweis auf die eigenen Compliance-Maßstäbe interveniert. Was die »taz« nicht weiß oder zumindest nicht erwähnt: Zuvor hatten Gesamt- und Konzernbetriebsratsspitze von Siemens sich schriftlich an Filipov gewandt und angekündigt, anderenfalls Siemens zum Überprüfen der Geschäftsbeziehung aufzufordern (siehe Solidarität mit Atlas und VAL). (aus Siemens Dialog, 30.11.10) ■

■ NACHLESE ZUR STAHLTARIFRUNDE

Einfach nur gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Nach der Stahltarifrunde nehmen sich Gewerkschaftskollegen verschiedener Industrie- oder Dienstleistungsbranchen das vom IG Metall- Vorstand propagierte Ergebnis in Sachen »gleiche Arbeit – gleicher Lohn« als Vorbild. Dort wo sich Gewerkschaftsfunktionäre drücken, die Frage der zweiten Lohnebene überhaupt zu thematisieren, wird inzwischen mit dem Stahl-Abschluss argumentiert: Seht einmal, es geht doch! Gleiche Arbeit – gleicher Lohn lässt sich durchsetzen! Wir werfen deshalb einen genaueren Blick auf die Umsetzung dieses Punktes des Stahl-Tarifabschlusses.

Um die riesigen Investitionen in ihre Hütten besonders profitabel werden zu lassen, planen die Stahlunternehmer, die Flexibilität der Belegschaften zu erhöhen. Dazu soll u.a. die Stammbelegschaft (bisher etwa 70 Prozent) nach und nach in großem Maße durch Leiharbeiter ersetzt werden. Die Belegschaften der Stahlbetriebe stehen also vor großen Veränderungen. Soll in Zukunft die Sicherheit des Arbeitsplatzes von etwa 30 Prozent Stammbelegschaft durch 70 Prozent Leiharbeiter gesichert werden? Die Prognosen der Dachverbände für Zeitarbeit IGZ und BZA zeigen, dass in der Wirtschaft allgemein bis 2013 insgesamt ein Bedarf von 2,4 Millionen Leiharbeitern erwartet wird.

Die IGM-Spitze geht nicht grundsätzlich gegen Leiharbeit an. Sie sieht in dieser Entwicklung ihre Rolle als Anwalt von Interessen von lohnabhängig Beschäftigten innerhalb des Kapitalismus, sieht mögliche Konflikte in den Belegschaften und sorgt sich um die Mitgliederzahl ihrer Gewerkschaft. Deshalb hat die IGM-Spitze die Forderung »gleiche Arbeit – gleicher Lohn« für Leiharbeiter in ihren Forderungskatalog für die Stahltarifrunde 2010 aufgenommen. Die Forderung ist hier praktisch kostenneutral. Es sollten im Grunde nur die schon bestehenden Betriebsvereinbarungen über die Bezahlung der Leiharbeiter in den Rang eines Tarifvertrages gehoben werden.

Ab 1.1.2011 werden nun Leiharbeiter auf den Hütten für zwei Jahre für die gleiche Arbeit den Lohn nach gleichem Tarifvertrag bekommen. Unter den Stahltarifvertrag fallen allerdings nur die von der Hütte direkt angeforderten Leiharbeiter, nicht diejenigen, die bei Subunternehmern einen Arbeitsvertrag haben.

Zur Vorgeschichte

Schon die Betriebsvereinbarungen, die es auch in Metall- und Elektrobetrieben gibt, waren wesentlich besser als die Tarifverträge zwischen dem DGB und den Leiharbeitsdachverbänden. Nachdem die SPD-Grüne-Koalition 2002 das Leiharbeitergesetz gelockert hatte und die christlichen Gewerkschaften schnell einen Tarifvertrag über einen Dumpinglohn abgeschlossen hatten1, sah sich der DGB genötigt, auch einen Tarifvertrag abzuschließen – der mit 7,50 Euro um 1 Euro höher lag. Vor einem Jahr wurde dieser Tarifvertrag um 30 Cent erhöht.

Innerhalb der IG Metall wuchs der Druck aus den Stahlbetrieben, diese schreiende Ungerechtigkeit nicht länger hinzunehmen, zumal der Leiharbeiterlohn auch ein Druckmittel auf die Löhne der im festen Arbeitsverhältnis Stehenden werden konnte. Unter der Regie des Zweigbüros Stahl in Düsseldorf wurde deshalb eine Arbeitsgruppe gebildet, die einen Vorschlag zur Lösung des Problems erarbeiten sollte. In den meisten Stahlbetrieben wurde der Vorschlag der IGM-Arbeitsgruppe umgesetzt, Betriebsvereinbarungen herbeizuführen, die wesentliche Verbesserungen für die Leiharbeiter vorsahen.

Die Unternehmerseite

War es für die Stahlunternehmer ein Leichtes, die Betriebsvereinbarungen über die Bezahlung der Leiharbeiter in den Tarifvertrag aufzunehmen, so ist die Sichtweise von Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegießer und dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) eine ganz andere. Sie befürchten, dass diese Forderung auch in anderen Branchen als Forderung auftauchen wird. Es wird bis Ende dieses Jahres, aber auch im nächsten Jahr, Tarifverhandlungen geben, von denen Millionen Beschäftigte betroffen sind. Deshalb nahmen sie auch sofort dagegen Stellung.

Die Realität des Tarifvertrages

»Erstmals gibt es in einem Flächentarifvertrag eine Fairnessgarantie für Leiharbeiter« erklärte die IGM nach Abschluss des Tarifvertrages. *»Wir wollten den Grundsatz »gleiche Arbeit – gleiches Geld« im Flächentarifvertrag verankern.«* Seine propagandistische Wirkung hat der Stahltarifvertrag erreicht. In der Öffentlichkeit wurde deutlich wahrgenommen und als ungerecht empfunden, dass die Leiharbeiter nur beinahe halb soviel Lohn wie ihre fest angestellten Kollegen bekommen. Aber: Trotz Tarifvertrag (»gleiche Arbeit – gleiches Geld«) werden die betroffenen Leiharbeitskollegen nicht den gleichen Lohn bekommen, wie man in den folgenden Beispielen sehen kann.

Auch nach den bisherigen Betriebsvereinbarungen bekamen Leiharbeiter nicht den gleichen Lohn. Selbst wenn der Tarifvertrag bei Stahl einige Verbesserungen mit sich bringt, ist er trotzdem nicht sehr viel besser als die Betriebsvereinbarungen.

Dies kann man an zwei Beispielen besser erklären:

Es gibt eine Lohntabelle, die 1972 von der Gewerkschaft IG Metall vereinbart wurde. Vor ca. 15 Jahren wurde sie gekündigt. Der vor zwei Jahren beschlossene Rahmentarifvertrag (GERT) gilt aber noch nicht. Um strittige Punkte zu

klären, wurde seine Umsetzung verschoben. Die Stahlarbeiter haben es also noch mit der Lohntabelle von 1972 zu tun.

Die betrieblichen Lohnkommissionen haben in den vergangenen Jahren Anpassungen durchgeführt, nach denen es keine Beschäftigten mehr in den unteren vier Lohngruppen gibt. Das bedeutet:

1. Ein Verpacker oder ein Reiniger als fest angestellter Kollege in NRW hat die Lohngruppe 5. Verpacker oder Reiniger, sogenannte Hilfsarbeiter, die als Leiharbeiter die gleiche Arbeit machen, werden dagegen vom Unternehmer in die Lohngruppe 1 eingestuft. Im Gegensatz zur Stammbelegschaft findet bei Leiharbeitern der Lohnrahmentarifvertrag von 1972 Anwendung. Wo bleibt dann gleiche Arbeit, gleiches Geld?
2. Ein gerade ausgelernter Schlosser bekommt den Ecklohn 6. Nach 6 Monaten kommt er in die Lohngruppe 7. Nach ca. 1 ½ Jahren erreicht er die Lohngruppe 8, nach 3, 4 oder 5 Jahren die Lohngruppe 9. Ein guter Schweißer oder Schlosser als Leiharbeiter kommt in die Einarbeitungsstufe der Lohngruppe 7, und bekommt 20 – 30 Cent weniger als die Lohngruppe 7. Auch wenn er die Arbeit von einem fest angestellten Kollegen macht, der die Lohngruppe 8 hat, wird er nicht das Geld von Lohngruppe 8 bekommen. Der Leiharbeiter wird immer auf der Lohngruppe 6 bleiben, vielleicht höchstens auf Lohngruppe 7 kommen.

Gerade dazu gibt es 2 verschiedene Lesarten bei dem neuen Tarifvertrag. Deswegen müssen wir auf die Aufklärung warten. (siehe unten, Lohntabelle von 1972)

Aber egal was passiert, der Leiharbeiter wird nicht den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommen wie der fest angestellte Kollege. Die durch Betriebsvereinbarungen höheren Eingruppierungen lässt der Unternehmer nicht für Leiharbeiter gelten. Da die Lohntabelle von 1972 rein rechtlich immer noch gilt, wendet der Unternehmer sie bei den Leiharbeitern an.

Auf den Stahlhütten bekommen Leiharbeiter zweifellos etwas mehr Lohn als in kleinen Klitschen. Ende Januar, wenn die sie ihre Abrechnung in der Hand haben, sehen sie allerdings schwarz auf weiß, dass sie für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn erhalten.

Leiharbeit gehört abgeschafft

Kurz nachdem die Leiharbeiter der Stahlbetriebe durch die Betriebsvereinbarungen höhere Löhne erhalten hatten, wurden sie aufgrund der Krise nach Hause geschickt. Sie fragten sich: Was hilft uns da die Gewerkschaft? Darin zeigt sich das eigentliche Problem, das die IG Metall durch ihre Kampagne »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ausspart: Die Unsicherheit der Arbeitsplätze von Leiharbeitern, das »Heuern und Feuern«. Dieses Hauptproblem wird von der IGM nicht einmal thematisiert.

Die riesigen Investitionen, die im Kapitalismus zwangsläufig vorgenommen werden, müssen sich für die Stahlunternehmer lohnen. Gespart werden kann nur beim Lohn, auch wenn der Lohnanteil an den Gesamtkosten so niedrig ist. In der Flexibilität des Personals liegen die Einsparmöglichkeiten der Unternehmer, die hohe Gewinne für die Aktionäre sichern.

Für ihre Personalplanung haben die Stahlunternehmer nun nicht nur eine Option: Zur Lohnsenkung können sie Werksverträge ausweiten, bei denen der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht hat; außerdem können sie in eigenen Leiharbeitsfirmen fertige Azubis aufnehmen und haben damit flexibel einsetzbare Fachkräfte. (ArcelorMittal ist z.B. an der Service Agentur GmbH mit 49 Prozent beteiligt).

Bereits in der Stahltarifkommission hatte ein Gewerkschafter der Salzgitter AG gefordert, grundsätzlich gegen die Leiharbeit vorzugehen. (Salzgitter hat z. Zt. keine Leiharbeiter). Er blieb eine einsame Stimme. Vor dem geschilderten Hintergrund, bekommt diese Stimme ein größeres Gewicht. Stehen damit nicht die Stahlbelegschaften vor einem Weg in die Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes und damit der Lebensplanung für sich und die Familie? ■

Lohntabelle aus dem Lohnrahmentarifvertrag 1972

Lohngruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Euro	10,46	10,84	11,15	11,69	12,21	12,82	13,49	14,48	15,76

Aus der Geschichte lernen?
- ➜ **Septemberstreiks 1969**
- ➜ **Klöckner-Hütte Bremen 1969**
- ➜ **Ford-Werke Köln 1973**

Reader zur Veranstaltung:
03./04. Oktober 2009, Berlin

Im September 1969 erfasste eine Welle spontaner Arbeitskämpfe die BRD. Über 140.000 Menschen beteiligten sich an den Streiks, zumeist ging es um die Durchsetzung einer Festgeldforderung. Auslöser war die Unzufriedenheit mit den Tarifabschlüssen durch die Gewerkschaften. Deren Vorstände setzten auf Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen. Sie hatten ein Jahr zuvor, 1968, nur geringe Erhöhungen ausgehandelt, die Laufzeit der Tarifverträge wurde von den üblichen 12 Monaten auf 18 Monate ausgedehnt. Da die Gewerkschaften, gebunden an die Friedenspflicht, auf den wachsenden Unmut nicht reagierten, nahmen die Belegschaften vielerorts den Kampf in die eigenen Hände. Davon wird in diesem Reader erzählt.

Bonno Schütter: Nach neun Tagen, am Samstag, wurden die Arbeiter über den Rundfunk aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Streik ist beendet, das und das ist das Ergebnis. Und wir im BR haben nun gedacht: Na ja, am Sonntag geht's wieder los. Aber dann zeigte sich noch einmal die ganze Würde der Kollegen. Am Sonntag ist kein Klöckner-Arbeiter zur Arbeit erschienen, obwohl sie neun Tage keinen Lohn, nichts von der Gewerkschaft bekommen hatten. Sie haben erst am Montag, nicht mit der Frühschicht, sondern um zwei Uhr mit der Spätschicht die Arbeit wieder aufgenommen. **Das zeigt, dass in einem solchen Arbeitskampf ein politisches Bewusstsein entsteht, das weit über materielle Forderungen hinausgeht.** Das eigentliche Anliegen meiner ganzen Betriebsratsarbeit war immer unser politischer Ansatz: **Es geht uns nicht nur um ein paar Groschen, wir wollen versuchen, den Kampf um die Groschen als Schule des Klassenkampfes zu betrachten und das politische Bewusstsein der Arbeiterschaft durch diese Kämpfe um materielle Forderungen mit politischen Forderungen zu verbinden und durchzusetzen.**

Erhältlich für 3,– Euro plus Versandkosten über unsre Redaktionsadresse: **arpo.berlin@gmx.de**

Arbeitsplatzvernichtung durch Standortschließungen

Drei Jahre nach dem sechswöchigen Streik um die Auslagerung von 50.000 Beschäftigten in Tochtergesellschaften mit schlechteren Konditionen beabsichtigt die Konzernführung der TELEKOM ein weiteres drastisches Umstrukturierungsprogramm, das einen tiefen Einschnitt im Leben vieler Beschäftigter bedeuten dürfte.

Zwar ist nicht von Entlassungen die Rede, doch haben viele Telekom-Beschäftigte Angst vor der Zukunft und fürchten um ihre Arbeit. Das Stichwort lautet »Standortschließungen«. Es ist geplant, bei Vertrieb und Service die Zahl der Standorte von 126 auf 28 zu reduzieren. Im Bereich der Informationstechnologie sollen von bisher 91 Standorten 86 geschlossen werden. Betroffen davon sind 5.100 Menschen, deren Arbeitsplatz bis spätestens 2013 verlagert werden soll. Zwar soll Jede/r die Möglichkeit erhalten am nächst gelegenen erhalten gebliebenen Standort weiterzuarbeiten, aber für Viele ist es einfach unmöglich, Fahrtzeiten bis zu vier Stunden täglich in Kauf zu nehmen oder einfach umzuziehen. Das Kalkül der Konzernleitung ist es also, dass viele Beschäftigte das Angebot zur Weiterarbeit an einem anderen Standort nicht für zumutbar halten und sie deshalb bereit sind, einen Aufhebungsvertrag abzuschließen.

Es gab über diese Pläne Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat und mit ver.di, diese wurden aber von Arbeitgeberseite abgebrochen, als keine Einigung erzielt wurde. Der Vorstand verkündete dann einseitig sein Konzept und verzichtete einstweilen auf eine Einigung mit dem »Sozialpartner«.

»One Company« – ver.di wird als Sozialpartner gebraucht ...

Ver.di trifft diese Strategie der Telekom-Spitze ziemlich unvorbereitet. Nach den Streiks von 1997, welche die Pläne der Konzernführung nicht verhindern konnten, gab es nämlich eine Art Tauwetter zwischen ver.di und der Telekom-Führung. Die Arbeitgeber kamen auf ver.di zu, um das Projekt »One Company«, den Zusammenschluss der Festnetz- und der Mobilfunksparte (T-Com und T-Mobile) in einer neuen Tochtergesellschaft, zu klären und mit neuen Tarifverträgen zu untermauern.

Die Führungsspitze des Fachbereichs Telekommunikation und IT in ver.di war voller Stolz auf diese Entwicklung. Ausdrücklich gelobt wurde das Management der Telekom für ihre angeblich neue Politik, und es wurde von einer neuen glänzenden sozialpartnerschaftlichen Zukunft geträumt:

»Das Management der Telekom ist im Vorfeld der umfassenden Neuorganisation einen anderen Weg als in der Vergangenheit gegangen. Anstatt Konfrontation und Angriff auf die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Beschäftigten hat mit den Arbeitnehmervertretern eine Verständigung stattgefunden, die es jetzt in den Tarifverhandlungen erlaubt hat, gesicherte Arbeits- und Entgeltbedingungen herzustellen. Und dies alles, ohne dass ver.di zu Arbeitskampf und Auseinandersetzungen in den Betrieben gezwungen war, um Angriffe auf die Arbeits- und Entgeltbedingungen abzuwehren. Das Management der Telekom kann aus dem jetzigen Prozess lernen, dass auf einer solchen Grundlage ein Interessenausgleich mit ver.di möglich ist. Möglich, weil am Ende nicht der Angriff auf die Arbeits- und Entgeltbedingungen steht, sondern tarifvertraglich gesicherte Zukunft und Perspektive.« (KOMM 8_9/2009)

Lothar Schröder, der Vorsitzende des Fachbereichs, betonte in Betriebsversammlungen und in der KOMM, dem zentralen Info des Fachbereichs immer wieder: *»Die beschriebenen Maßnahmen verfolgen das Ziel eines verbesserten Umgangs und der Vereinfachung der Prozesslandschaft, nicht aber das Ziel eines Personalabbaus und der Konditionen-Verschlechterung.«* (KOMM, 5_2009)

Tatsächlich hatten die Beschäftigten beim Übergang in die neue Tochtergesellschaft keine Nachteile. Die Vereinigung war dem Konzernvorstand so wichtig, dass er sich großzügig zeigte und darauf verzichtete, bei dieser Gelegenheit Verschlechterungen durchzusetzen. Schließlich wurde die Unterstützung von ver.di und der Betriebsräte bei der Personalumsetzung benötigt. Richtig dürfte auch sein, dass der Personalabbau nicht das vorrangige Ziel des Umbaus ist. Allerdings gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz dazu, das in diesem Projekt enthaltene Rationalisierungspotential gar nicht erst zu erwähnen. Die Wirtschaftswoche z.B. wusste schon im März 2009, welche Möglichkeiten sich dadurch für den Vorstand ergeben: *»Welche Folgen der Umbau für die Besatzung des Raumschiffs Telekom haben wird, dazu hält sich Chefpilot Obermann bisher allerdings bedeckt. Nach den ersten Entwürfen ist eine viel schlankere Konzernstruktur geplant – mit deutlich weniger Niederlassungen und Standorten. Im Extremfall kann dies zur Schließung von vielen Hundert Betriebsstätten führen und damit zum Wegfall von mehreren Tausend Managerposten und dem Abbau von weiteren 10.000 Arbeitsplätzen pro Jahr«.*

... und hat ihre Schuldigkeit getan.

Jetzt, nachdem der Umbau mit Hilfe von ver.di und der Betriebsräte abgeschlossen ist, kann die Telekom-Führung auf die Unterstützung ihres »Sozialpartners« verzichten. Sie will das Standortkonzept rigoros durchsetzen und weigerte sich lange Zeit, darüber noch einmal zu verhandeln.

Ver.di und Betriebsräte fordern zwar zu neuen Verhandlungen auf, wollen aber keine Konfrontation. In einer Erklärung des Gesamtbetriebsrates heißt es ausdrücklich, die Betriebsräte wollten *»kein Öl ins Feuer gießen«*.

So soll der Arbeitgeber überzeugt werden, der Rückzug aus der Fläche führe auch zu einem massiven Kundenverlust, da diese keine Ansprechpartner mehr vor Ort hätten. Solche Argumente kommen zwar bei vielen Beschäftigten

gut an, sind aber nicht geeignet, den Arbeitgeber von seinen Plänen abzubringen. Schließlich zeigen verschiedene Konkurrenten der Telekom, dass sie ganz ohne Flächenpräsenz ihren Marktanteil ausbauen können. Der Kontakt zur Telekom erfolgt hauptsächlich über Hotline-Nummern und über die T-Punkte, welche von der Maßnahme nicht betroffen sind.

Der Protest an der Basis ist ebenfalls begrenzt. Die Beschäftigten in den großen, verbleibenden Standorten sind überwiegend froh, dass der Kelch an ihnen – vorläufig – vorüber gegangen ist. Bei den betroffenen Standorten sind in der Regel nur ein paar Dutzend Menschen beschäftigt (z.T. auch unter zehn) und gewerkschaftliche Strukturen sind dort kaum vorhanden.

Schwerpunkt der Aktivitäten der Betriebsräte und von ver.di ist der Versuch, Kommunal- und Landespolitiker zur Verteidigung der bedrohten Standorte zu gewinnen. Zwar organisiert ver.di in einigen Städten Protestkundgebungen, diese bleiben aber lokal isoliert, und aus den Betrieben selbst gibt es keine Versuche einer Vernetzung. Lediglich in Mannheim gab es eine überregionale Demonstration zu diesem Thema. 1.500 Menschen vorwiegend aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland demonstrierten gegen die Standortschließungen. Für derartige Aktionen gibt es bislang aber keine weiteren Beispiele.

Dennoch zeigt sich der Telekom-Vorstand nun verhandlungsbereit. Rene´ Obermann verkündet, es gebe »Nachbesserungsbedarf«. Anscheinend fürchtet er, das Ansehen der Telekom könne durch das Vorhaben weiteren Schaden erleiden.

Im Dezember 2010 kam es deshalb doch noch zu Verhandlungen mit ver.di. In einem Info mit dem Titel *»Standortkonzepte müssen überarbeitet werden«* berichtet ver.di über das Ergebnis der Verhandlungen. Gesichert wurde vor allem die Präsenz der Telekom in der Fläche. Es werden 56 Regionen gebildet, in denen die Telekom mit Standorten präsent ist. Dies betrifft alle Geschäftsfelder der Telekom, nicht nur die Bereiche, in denen jetzt Standorte geschlossen werden sollen. Innerhalb dieser Regionen soll es künftig ein abgestimmtes, bereichsübergreifendes Vorgehen bei Standortschließungen geben, damit sich nicht alle Geschäftsfelder aus der Region zurückziehen. Damit soll die Flächenpräsenz gewährleistet werden. Die Gewerkschaft sieht sich dadurch wieder als Sozialpartner akzeptiert: »*Mit diesen Rahmenbedingungen bekennt sich die Telekom nicht nur zur Flächenpräsenz, ohne weiße Flecken, sondern auch zu ihrer sozialen Verpflichtung.* (...)*Damit diese Prinzipien greifen und der willkürliche Rückzug aus der Fläche aufhört, werden zukünftig Ausschüsse auf zentraler Ebene und in sechs Regionen die Maßnahmen beraten, Empfehlungen erarbeiten, dies in Sozialpläne einfließen lassen und die Umsetzung begleiten. Sowohl ver.di als auch die beteiligten Betriebsräte werden damit frühzeitig auf Standortmaßnahmen Einfluss nehmen können und sich weiter darum bemühen, dass beschäftigungspolitische Interessen und soziale Belange der Beschäftigten gewahrt bleiben.«* Allerdings muss ver.di einräumen, dass die *»aktuellen Betriebskonzepte in dem Geschäftskunden- und dem IT-Bereich«* damit nicht vom Tisch sind. Die Bedeutung der Vereinbarung für die Standorte wird denn auch sehr vage formuliert: »*Der Maßlosigkeit der Arbeitgeberplanung sind damit Grenzen gesetzt. Erwartet werden kann, dass mehr Standorte als bisher vorgesehen werden müssen. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.«*

Dass ver.di aber weitere Schritte gehen will, davon ist zur Zeit nichts zu spüren. Als Sozialpartner bei Verhandlungen mitwirken zu können, scheint hier zum Selbstzweck geworden zu sein. Das materielle Ergebnis aber nebensächlich. Die Mitglieder werden mit der Hoffnung abgespeist, dass dabei für sie auch etwas rauskommt. ■

■ GEWERKSCHAFTEN SOLLEN ENTSCHEIDEND GESCHWÄCHT WERDEN

Italien – Flächentarif auf der Kippe

Während die Berichterstattung der hiesigen bürgerliche Presse über die italienische Politik hauptsächlich die sexuellen Eskapaden des alternden Ministerpräsidenten Berlusconi zum Gegenstand hat, vollzieht sich dort eine sehr viel bedeutendere Entwicklung, die zum Ziel hat, die Stellung der Gewerkschaften in Betrieb und Gesellschaft entscheidend zu schwächen.

FIAT greift an

Speerspitze dieser Angriffe ist der FIAT-Konzern mit dem Vorsitzenden Sergio Marchionne. Nachdem es ihm mit Unterstützung rechter Gewerkschaftsverbände gelungen war, im süditalienischen Pomigliano den nationalen Tarifvertrag außer Kraft zu setzen (siehe Arbeiterpolitik , 4/2010), holte er im Turiner Stammwerk Mirafiori zum nächsten Schlag aus. Dieses Werk sollte als Joint-Venture mit Chrysler fortgeführt werden, und Marchionne versprach eine Milliarden-Investition, wenn die Arbeiter auch hier einer Aushebelung des Tarifvertrags zustimmen. Der Inhalt des von ihm vorgeschlagenen Abkommens entsprach inhaltlich weitgehend dem Abkommen, das auch in Pomigliano durchgesetzt wurde: Größere Flexibilität, Anordnung von Überstunden ohne Zustimmung der Gewerkschaften, Verkürzung der Pausen, längere Schichten, Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit und des Streikrechts. Um dies zu ermöglichen, kündigte Marchionne an, dass das neue Unternehmen nicht Mitglied im Industriellenverband Confindustria werden würde. Dieses Vorgehen kam für Viele überraschend. Sowohl bei den zur Zusammenarbeit bereiten Gewerkschaften als auch bei der Confindustria gab es anfangs Vorbehalte gegen diese allzu forsche Linie. Der Ausstieg aus dem Tarifvertrag wurde von Vielen als vertretbare Lösung für einen süditalienischen, krisengeschüttelten Betrieb angesehen, aber nicht für das Turiner Werk. Doch gelang es Marchionne, diese Widerstände zu

überwinden, und nach einigem Zögern stimmten die vier rechten Gewerkschaften einem Abkommen zu.[1]

Gleichzeitig kündigte Marchionne an, dass bei den nächsten Wahlen zu den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen (einem Zwischending zwischen unseren Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten) nur noch solche Gewerkschaften kandidieren dürften, die diesem Abkommen zugestimmt haben. Dies richtet sich vor allem gegen die linke Metallergewerkschaft FIOM, die diesen Ausverkauf der gewerkschaftlichen Rechte sowohl in Pomigliano als auch in Mirafiori entschieden ablehnt. Aufgabe der betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen ist es, die Einhaltung der Tarifverträge zu überwachen und für betriebliche Belange eigene Tarifverträge abzuschließen. Den Ausschluss der FIOM von den betrieblichen Wahlen glaubt Marchionne damit begründen zu können, dass diese Wahlen keine gesetzliche Grundlage haben, sondern auf einem dreiseitigen Abkommen zwischen Regierung, Industriellenverband und den konföderierten Gewerkschaften (CGIL, CISL und UIL) beruhen. Da das Turiner Werk zukünftig aber nicht mehr Mitglied der Confindustria ist, sei es an dieses Abkommen nicht gebunden. Die Folge wäre, dass bei den Wahlen keine Opposition gegen das Abkommen kandidieren könnte.

Wie in Pomigliano wollte Marchionne auch in Turin die Zustimmung der Beschäftigten zu diesem Abkommen. Allerdings wurde die Latte hierbei niedriger gelegt als in Pomigliano. Sollten dort mindestens siebzig Prozent mit »Ja« stimmen, gab sich die Konzernführung in Turin mit 51 Prozent zufrieden. Es wurde daher eine Abstimmung im Werk eingeleitet. FIOM und eine kleinere im Werk vertretene Basisgewerkschaft forderten auf, hierbei mit »Nein« zu stimmen. Die anderen Gewerkschaften und die Arbeitgeber betrieben eine aufwändige Kampagne für eine Zustimmung zum Abkommen. Immer wieder drohte Marchionne damit, sich aus Italien ganz zurückzuziehen, falls das Abkommen abgelehnt würde. Die FIOM wurde beschuldigt an veralteten klassenkämpferischen Prinzipien festzuhalten und damit die Zukunft des FIAT-Werkes in Turin, ja der gesamten italienischen Industrie in Frage zu stellen. Unterstützung erhielt er aus der Politik und von bürgerlichen Medien.

Das bürgerliche Lager ist geschlossen

Ministerpräsident Berlusconi war sich hier völlig einig mit seinem schärfsten Kritiker aus dem bürgerlichen Lager, Carlo Debenedetti, dem Herausgeber von La Repubblica und l'espresso. Auch die Confindustria unterstütze das Vorgehen Marchionnes, obwohl es mit einem Austritt aus dem Verband verbunden war. Die Vertreter des industriellen Großkapitals wie der FIAT-Clan oder Debenedetti setzten in der Vergangenheit immer auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften und wollten davon auch die ehemals der PCI nahestehende CGIL nicht ausschließen. Durch Einbindung der Gewerkschaften konnten unter Mitte-Links-Regierungen in den letzten zwanzig Jahren einige Maßnahmen zum Sozialabbau durchgesetzt werden, ohne dass es dagegen zu Massenprotesten kam. Das war ein wichtiger Unterschied zum Lager Berlusconis, dem eher die Kleinindustriellen, Handwerker und Händler angehören, die einen Kompromiss mit den Gewerkschaften nicht für nötig halten. Dass diese Teile des Kapitals nun ebenfalls auf Konfrontation mit der FIOM und damit teilweise auch mit dem Dachverband CGIL setzen, ist Ausdruck der sinkenden Konkurrenzfähigkeit des italienischen Kapitals auf dem Weltmarkt. Um hier eine bessere Position zu erlangen, sind für sie Kompromisse wie in der Vergangenheit nicht mehr vertretbar.

Die Abstimmung

Vom 12. bis 14. Januar wurden die FIAT-Beschäftigten in Turin zu einem Referendum aufgerufen, um über das Abkommen abzustimmen. Die Vertreter des »Ja« gingen angesichts der Drohung Marchionnes und der breiten Zustimmung in den Medien von einem überwältigenden Sieg aus. Etwa achtzig Prozent Ja-Stimmen hatten sie prognostiziert. Das Ergebnis muss für sie ziemlich enttäuschend gewesen sein: Lediglich 54 Prozent stimmten für das Abkommen und 46 Prozent lehnten es ab. In den Werkshallen, wo die Beschäftigten von den Nachteilen des Abkommens besonders betroffen sind, gab es sogar mehr Nein- als Ja-Stimmen. Damit konnten sich die FIAT-Führung und die mit ihr verbündeten Gewerkschaften zwar knapp durchsetzen, angesichts der massiven Erpressung und der Hetzkampagne in den Medien kann die FIOM dieses Ergebnis allerdings als moralischen Sieg werten. Dies vor allem auch angesichts der Tatsache, dass die FIOM und die Basisgewerkschaft bei den letzten Wahlen zur betrieblichen Gewerkschaftsvertretung im Turiner Werk zusammen nur etwa dreißig Prozent der Stimmen erhalten hatte. Vertreter der FIOM und der radikalen Linken werteten das Ergebnis als Zeichen der Hoffnung und sie äußerten die Erwartung, auf dieser Basis wirksamere Aktionen beginnen zu können.

Wie weiter?

Das Beispiel FIAT macht mittlerweile auch über den Konzern hinaus Schule. In vielen Betrieben gibt es Versuche, aus dem nationalen Tarifvertrag auszusteigen. Der Industriellenverband hat seinen Mitgliedsfirmen mittlerweile diese Möglichkeit eingeräumt. Und die Regierung plant eine Reform des »Arbeiterstatuts«, das die Rechte der Arbeiter/innen regelt und u.a. auch die allgemeine Gültigkeit des nationalen Tarifvertrags vorsieht.

Für den 28. Januar rief die FIOM zu einem Generalstreik in der Metallindustrie auf, um gegen das Abkommen bei FIAT und gegen die Erosion des Flächentarifs zu protestieren. Bereits Anfang Dezember 2010 gab es eine zentrale Demonstration in Rom. Beide Aktionen fanden eine große Unterstützung. Allerdings haben derartige Aktionen einen stark rituellen Charakter und angesichts der geringen Auslastung in vielen italienischen Betrieben – vor allem auch bei FIAT – ist die ökonomischen Wirkung solcher Streiks gering. Mit gewerkschaftlichen Mitteln ist eine Gegenwehr so kaum möglich. Wichtig wäre daher eine Politisierung dieses Konflikts. Bereits bei der Demonstration im Dezember wurde von vielen Teilnehmern an die Adresse des Dachverbandes CGIL die Forderung nach einem branchenübergreifenden Generalstreik gestellt. Obwohl eigentlich klar sein dürfte, dass die Angriffe auf den Tarifvertrag auch andere Branchen betreffen werden, hat keine andere Einzelgewerkschaft der CGIL den Aktionstag der FIOM praktisch unterstützt. Lediglich die Basisgewerkschaften haben ebenfalls zu Streiks aufgerufen und mit Studentenorganisationen eigene Demonstrationszüge organisiert. Entscheidend wird aber sein, ob es der gewerkschaftlichen und politischen Linken gelingt, den Widerstand über die FIOM und den Metallsektor hinaus auszuweiten. Die Forderungen an die CGIL-Führung nach einem Generalstreik werden immer dringender vorgetragen, und es gibt mittlerweile dort auch Stimmen, die dem Druck nachzugeben scheinen. ■

1 Folgende Gewerkschaften stimmten dem Abkommen zu: Die FIM, die Metallgewerkschaft der ehemals christdemokratischen CISL, die früher der sozialistischen Partei nahestehende UILM, die FIAT-Betriebsgewerkschaft FIMSIC und die UGL, eine Gewerkschaft, die auf eine neofaschistische Tradition zurückblickt.

Gewerkschaften handeln gemeinsam!

Am Dienstag dem 30. November begann um 13 Uhr ein Streik bei den Luftfahrtunternehmen Finnair und Blue1, einer in Finnland ansässigen Tochter von SAS. Die Gewerkschaft des Kabinenpersonals SLSY hatte ihre Mitglieder zu dieser Arbeitskampfmaßnahme aufgerufen, um eine Verschlechterung der Ruhezeitenregelung zu verhindern.

Im Laufe des gemeinsamen Schlichtungsverfahrens kam es unter Vermittlung des staatlichen Schlichters Esa Lonka mit Blue1 bereits am folgenden Mittwochabend zu einer Einigung. Die Ruhezeiten bleiben unangetastet, der Lohn wird um 0,5 Prozent erhöht. Blue1 bedient neben innerfinnischen, die parallel zur Finnair-Routen verlaufen, nur innereuropäische Strecken, die sich nicht über mehrere Zeitzonen erstrecken. Am Donnerstag dem 2.12. wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Weiterhin jedoch stand sich die Position der SLSY-Vorsitzenden Thelma Akers nach Verlängerung und des Vertreters von Finnair nach Verkürzung der Ruhezeiten zunächst unversöhnlich gegenüber. Im Gegensatz zu Blue1 konzentriert sich Finnair zunehmend auf den Betrieb von Langstreckenflügen, auf denen mehrere Zeitzonen durchquert werden, mit der Folge der hohen gesundheitlichen Beanspruchung des Personals.

Finnair versucht den weltweit zuspitzenden Konkurrenzkampf der Fluglinien durch folgende kostensparende Maßnahmen zu bestehen:

– durch die Konzentration auf Langstreckenflüge, vornehmlich nach Asien; die Zubringerflüge sollen durch Billiglinien, an denen auch Finnair beteiligt sind, getätigt werden.
– durch weitere Reduzierung des Personals
– den Einsatz von gewerkschaftlich ungebundenem ausländischen Personal (auf Strecken nach Asien englisch dominant),
– durch die weitere Verkürzung der Ruhezeiten (2007 im Einvernehmen mit der Gewerkschaft vorgenommen)

Am 7. Dezember griffen weitere im SAK (der Form nach vergleichbar mit dem DGB) organisierte Gewerkschaften mit Solidaritätsstreiksmaßnahmen in den Arbeitskampf ein:

– Die Transportarbeitergewerkschaft AKT verhindert die Lieferung von Brennstoff an Finnair,
– die Gewerkschaft der Lokomotivführer VML weigert sich Ersatzzüge zwecks Kompensation aufgefallener Flüge in den Norden Finnlands zu fahren,
– die Gewerkschaft der Postler und Logistiker PAU stellt ihre Dienste für Finnair ein (Luftpost etc.)
– die Gewerkschaft der Luftfahrt IAU stellt ihre Bodendienste (Gepäck, Catering und Enteisung(!) auf den finnischen Flughäfen für Finnair ein.

Am 9. Dezember traten die Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter SEL und die Dienstleistungsgewerkschaft PAM mit der Ankündigung von Streikmaßnahmen ihrerseits auf die Bühne. Ihre Mitglieder, Beschäftigte in den Flughafengeschäften, Restaurants und die Reinigungskräfte am Boden und in den Flugzeugen, waren bereit, den Einsatz ihrer Arbeitskraft für Finnair zu verweigern.

Infolge der Streikmaßnahmen fielen trotz der eingekauften Ersatzkapazitäten bis zu zwei Drittel aller Finnairflüge aus. Die Charterflüge wurden weitestgehend durchgeführt.

Diese wurden nach Aussage der SLSY-Vertreter nicht bestreikt, da die Passagiere zumeist Menschen seien, die ihren wohlverdienten Jahresurlaub antreten wollten.

Um Mitternacht vom 9. auf den 10. Dezember wurde ein Kompromiss beschlossen, den jeweiligen Gremien vorgelegt und von diesen bestätigt:

Die Ruhezeiten vor Flügen mit großen Zeitunterschieden sollen, wie gefordert, von 24 auf 36 Stunden erhöht werden. Das Zugeständnis gegenüber Finnair besteht in der Veränderung der Personalstärke und den Freizeiten im Zusammenhang mit den Langdistanzflügen.

Bedeutsam für die Gewerkschaftsvertreter ist die lange Laufzeit des Vertrages, sie beträgt drei Jahre, sowie die Allgemeinverbindlichkeit des Vertrages, damit Finnair innerhalb dieses Zeitraums kein Personal zu verschlechterten Bedingungen einstellen kann. Der Streik wurde als Abwehrkampf verstanden.

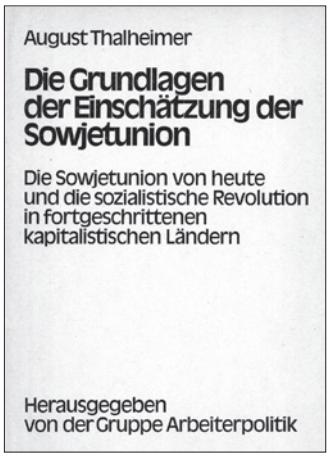
Stand: 14.2.10 ■

Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973

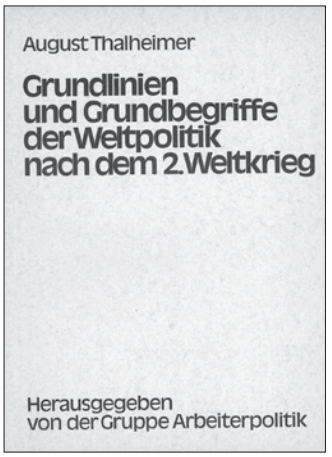
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR

Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik
43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Problem liegt woanders: Die verpasste Chance der sechziger Jahre

Im April 2010 veröffentlichte das Marxistische Forum eine »Alfred Schmidt – Annäherung an eine politische Biografie für die Jahre 1945 – 1956«, die wir im Heft 4/Oktober 2010 rezensiert haben. Die Verfasser des Vorwortes zu der oben genannten Schrift, Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow, haben uns eine Erwiderung zukommen lasssen, die wir hier zur Kenntnis geben. *d. Red.* ■

Mit dem Wissen von heute um den tatsächlichen Verlauf der Geschichte (der Nachkriegszeit in Deutschland und des DDR-Sozialismus) wachsen unweigerlich Zweifel an alten Gewissheiten. Zumindest trifft dies auf uns zu, die sich am Sozialismusprojekt DDR beteiligt haben. Von vielen Legenden, wie z.B. auch der »brüderlichen Zusammenarbeit« von SED und KPdSU mussten wir nach der sogenannten Wende sehr schnell Abschied nehmen.

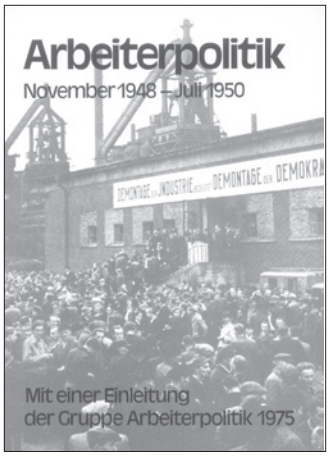
Die Rezension der Arbeit von Roman Stelzig einer Annäherung an die politische Biographie von Alfred Schmidt belässt es bei den Gewissheiten, die das politische Handeln von Alfred Schmidt leiteten. Seine Position, im Sinne von August Thalheimer nach 1945 eine Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht zu verweigern und für eine selbstständige revolutionäre Bewegung gegen die Linie der KPD und SED einzutreten, wird auch aus der Sicht von heute als unstrittig angesehen. Auf unsere zentrale Gegenthese (als Verfasser des Vorworts zu Stelzigs Arbeit), das sei sowohl »unausführbar« als auch *»in keiner Weise sinnvoll«* gewesen, wird angemerkt: *»Es fehlt die Folge: Weil die SED sich völlig der SU unterworfen hat, hat sie sich in der Bevölkerung kompromittiert.«*

Das aber ist kein Argument gegen unsere Einschätzung. Die Aussage von der nicht gegebenen realen Möglichkeit einer solchen politischen Orientierung (und zudem deren Fragwürdigkeit) kann nicht mit dem Hinweis widerlegt werden, dass der offizielle Kurs der SED unweigerlich mit unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse kollidieren musste und kollidierte (was natürlich der Fall war). Hier geht es um zwei sehr verschiedene Dinge. Thalheimers Analysen nach 1945 enthalten Vieles, was heute noch beachtenswert ist. Seine Aussagen zu den Klassenwidersprüchen in der Antihitlerkoalition und seine Prognose einer unabwendbaren baldigen Konfrontation der Westmächte mit der SU waren richtig. Seine Lageanalyse insgesamt und seine konkrete Handlungsorientierung hatten erhebliche Schwächen. Die Menschen machen Geschichte nun einmal *»unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen«* (Karl Marx). Aber Thalheimer analysierte diese Umstände nicht in ihrer wirklichen Komplexität, einschließlich der Möglichkeitsfelder. Übersehen wurde, dass sich aus den Umständen reale Möglichkeiten grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen in Richtung Sozialismus für den Osten Deutschlands erkennen ließen.

In der Geschichte der SBZ und der DDR gab es immer wieder Alternativen zur offiziellen Politik. Unmittelbar nach 1945 war der politische Gestaltungsrahmen ziemlich groß, aber eben im Rahmen der gegebenen politischen Zielstellung der SU. Eine realisierbare Alternative zur Politik der KPD/SED gegen die SU gab es nicht. Ein ernsthafter Versuch, sie dennoch zur Grundlage kommunistischer Politik zu machen, hätte verhängnisvolle Folgen gehabt. Eine objektive Analyse des Geschichtsverlaufs zeigt, dass die bestehenden eigenständigen Möglichkeiten von KPD und SED (so z. B. mit der These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus) zunächst sogar recht intelligent und extensiv genutzt werden konnten. Dass es dabei in der KPD/SED zu *»Unklarheit und Unsicherheit«* kam, war unausweichlich. Der in diesem Zusammenhang uns gegebene Hinweis des Rezensenten auf die von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch herausgegebenen »Dokumente« ist insofern nicht verständlich, da wir ja ausdrücklich auf Benser hinweisen (»Neubeginn ohne letzte Konsequenz«), der übrigens in keiner Weise etwa für August Thalheimer und Alfred Schmidt Partei ergreift.

Wenn uns der Rezensent eine *»isolierte Betrachtung«* der Wirkungszeit von Alfred Schmidt in der SBZ vorwirft, übersieht er die entsprechenden Ausführungen bei Stelzig, die wir voraussetzten, und unsere eigenen Einschätzungen, die wir in verschiedenen Artikeln in den letzten Jahren dargelegt haben: Die SU übte in Ostdeutschland mittels der SMAD die volle politische Macht in Gestalt einer Militärdiktatur aus. Sie tat dies unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen, das sie im Sinne einer tatsächlichen Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entmonopolisierung durchzusetzen suchte. Sie war eine Besatzungsmacht mit eigenen Interessen. Sie beharrte auf Entschädigung für die unsäglichen Leiden, die ihr Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg zugefügt hatte – eine Position, deren Berechtigung von der deutschen Arbeiterklasse zumindest nicht grundsätzlich bestritten werden konnte! Mit der offiziellen Abkehr von weltrevolutionären Zielen hatte ihre Führung sich Anfang der vierziger Jahre auf eine Nachkriegspolitik verständigt, die an ihrer Westgrenze einen Gürtel mit ihr verbündeter Staaten vorsah. Entsprechend dieser außenpolitischen Orientierung wollte sie nicht den Sozialismus in ihre Besatzungszone exportieren, sondern eine antifaschistisch-demokratische Politik in einem neutralen

August Thalheimer
Die Potsdamer Beschlüsse
Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg
September 1945, Gr. Arbeiterpolitik
32 Seiten A5 | 1,50 EUR



Reprint
Zeitschrift Arbeiterpolitik
November 1948 bis Juli 1950, einschl. »Offene Worte an Kommunisten«
Gruppe Arbeiterpolitik 1975
440 Seiten A5, Broschur | 7,50 EUR

Deutschland durchsetzen. Als Staat, der 1917 den Ausbruch aus dem kapitalistischen Weltsystem gewagt hatte, kam sie nach Ostdeutschland als Klassenverbündeter der Arbeiterklasse, aber auch als Zuchtmeister mit einem Führungsanspruch gegenüber der Arbeiterklasse im Sinne ihrer eigenen Interessen. Unter der Selbstherrschaft Stalins war der Massenterror zur wichtigsten Leitungsmethode entwickelt worden; waren mehr Mitglieder des ZK der KPD in der SU umgebracht worden als in Hitlerdeutschland.

Ungeachtet aller damit verbundenen Probleme öffnete sich ein Zeitfenster zunächst für antifaschistische und antikapitalistische Umgestaltungen und dann für eine sozialistische Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands. Das Konstrukt des Rezensenten, die KPD habe nach 1945 »keine revolutionäre Politik« verfolgt, *»sondern das Potsdamer Abkommen verteidigt«*, vermag weder die programmatische Orientierung der SED 1946 noch die tatsächlichen revolutionären Veränderungen in jener Zeit einzuordnen, die unter anderem darin zum Ausdruck kommen, dass bereits zum Zeitpunkt der Gründung der DDR mehr als 50 Prozent der Bruttoproduktion der Volkswirtschaft von volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben erzeugt worden war.

Die sowjetische Besatzungsmacht zeigte sich einverstanden (im Rahmen der Festlegungen des Potsdamer Ankommens und entsprechend ihrer Politik, ganz Deutschland zu neutralisieren), der KPD und dann der SED in größerem Umfang selbständiges Handeln beim Aufbau neuer Machtorgane, bei der Durchsetzung der Bodenreform, der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher u.a.m. einzuräumen. Es existierte auch in der SBZ keine revolutionäre Situation, aber (wie auch zunächst in den Westzonen) eine tiefe Vertrauenskrise gegenüber dem Kapitalismus, die im Verlauf der Jahre 1945 bis 1947 in eine antikapitalistische Grundstimmung umschlug und mit revolutionären Umgestaltungen einherging. Die SED wurde bereits 1946 eine Massenpartei mit 1,8 Millionen Mitgliedern. Die Reparationen, die von 1946 bis 1954 für ganz Deutschland an die SU gezahlt werden mussten, machten jedes Jahr 22 Prozent des Volkseinkommens aus. Natürlich belastete dies das Verhältnis der Partei zu den Volksmassen enorm (genau wie übrigens auch die Frage der Oder-Neiße-Grenze). Aber Reparationen an die SU waren auch »Wiedergutmachung«, deren Berechtigung offenkundig war. Und real kam es eben entgegen den Erwartungen von August Thalheimer und auch Alfred Schmidt dadurch zu keiner wirklichen Zerstörung dieses Verhältnisses, weil die SED hinsichtlich anderer unmittelbarer Interessen und der Gesamtinteressen sich sehr wohl an die Seite der Arbeiter stellte.

Dabei stimmt die Einschätzung, die SED habe sich »völlig« der SU unterworfen, mit der wirklichen Politik der SED-Führung gegenüber der SU nicht überein. So gelang es Ulbricht und Grotewohl in Verhandlungen mit der SMAD 1946/1947 z.B. 202 ursprünglich zur Demontage vorgesehene Großbetriebe (unter anderem die Leunawerke, die Betriebe des Schwermaschinenbaus in Magdeburg und die Maxhütte bei Unterwellenborn) zunächst in Sowjetische Aktiengesellschaften umzuwandeln, aus denen dann später Volkseigene Betriebe wurden.

Die Dynamik der gesellschaftlichen Umwälzungen in der SBZ trieb dann die Entwicklung über sich selbst hinaus. Die weltpolitischen Veränderungen zwangen die SU in den Kalten Krieg und zur Korrektur ihrer Deutschlandpolitik. Die SU stimmte 1949 der Gründung der DDR zu und schließlich 1952 einer Politik des sozialistischen Aufbaus in der DDR. In der angeheizten Atmosphäre des Kalten Krieges, unter den Bedingungen einer tatsächlichen Verschärfung des internationalen Klassenkampfes blieb unter dem Druck der KPdSU die innerparteiliche Demokratie in der SED weitgehend auf der Strecke. Es kam zu einem zunehmenden Einsatz strafrechtlicher und disziplinarischer Mittel gegen tatsächliche, aber auch vermeintliche politische Gegner, denen auch Alfred Schmidt zum Opfer fiel. Das politische System und das für den Aufbau des Sozialismus notwendige System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft übernahmen autoritär-bürokratische Strukturen aus der Sowjetunion.

Im Verhältnis zwischen SU und DDR gab es im Verlaufe der weiteren Entwicklung zahlreiche Wandlungen, gute und weniger gute Zeiten. Bloß mit den Begriffen Überordnung und Unterordnung ist diese Geschichte nicht zu erfassen. Die DDR war ganz wesentlich das Resultat des machtpolitischen Einflusses der SU. Mit dem Zerfall der SU verlor sie ihre Existenzgrundlage. Die DDR konnte (abgesehen von der Zeit, als Chruschtschow Generalsekretär der KPdSU war) nur sehr begrenzt einen eigenständigen politischen Kurs verfolgen. Zweifelsohne war die Politik der KPdSU insgesamt nicht auf der Höhe der Zeit. Die SU büßte nicht nur infolge ständiger antikommunistischer Gehirnwäsche, sondern auch selbstverschuldet an Unterstützung in den Arbeiterklassen der entwickelten kapitalistischen Staaten ein und war dann schließlich gezwungen, wie der Rezensent zutreffend anmerkt, *»entscheidend auf militärische Stärke und Sicherheit zu setzen«*. Die Frage ist, ob es dazu eine Alternative gab. Der Rezensent geht darauf nicht ein. Er sieht nur alles *»vom Endergebnis her«*. Wir meinen, es gab eine reale Alternative und sogar Akteure, die sie durchzusetzen suchten, aber nicht nach 1945, sondern in den sechziger Jahren. Ist vom Zusammenhang zwischen Anfang und Ende der DDR die Rede, darf niemals aus dem Blick geraten, dass die DDR nicht in einer Revolution, sondern in einer Konterrevolution untergegangen ist. Die Kräfte der Konterrevolution waren keineswegs die Volkskräfte. Diese These wird auch nicht dadurch entkräftet, dass man darauf hinweist, dass die Arbeiter ihre Betriebe nicht verteidigt haben.

Aus heutiger Sicht unübersehbar, stand nach Stalins Tod Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre ein grundlegende Kurswechsel an. Die sich zusammen mit der SU entwickelnden sozialistischen Staaten Europas mussten entweder einen zukunftsfähigen, ökonomisch vitalen, sozial, politisch und ökologisch überlegenen Sozialismus entwickeln oder längerfristig einer Niederlage ins Auge sehen.

Der DDR unter Walter Ulbricht ist zu bescheinigen, dass sie diese Herausforderung recht klar erkannt hat und auf sie mit einem auch aus heutiger Sicht überzeugenden Konzept des »Einholens und Überholens« reagiert hat. Die KPdSU unter Chruschtschow legte auf dem XX. und XXI. Parteitag kein derartiges Konzept vor. Sie beschwor die »lichte Zukunft des Kommunismus«, versprach einen grandiosen wirtschaftlichen Aufschwung, tastete aber weder das bestehende politische System noch das bürokratisch-administrative System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft an. Aber zugleich ließ sie der DDR einen größeren eigenständigen politischen Gestaltungsraum. Deren Reformprogramm unter Ulbricht bestand vor allem aus drei Komponenten: Zum einen: Die entschiedene Verbesserung der Staat-Bürger-Beziehungen. Zum anderen: Die Ersetzung des bisherigen bürokratisch-administrativen Systems der Planung und Leitung durch das NÖS bzw. ÖSS, d.h. eine entschieden größere Eigenständigkeit der Betriebe und umfassende Rechte der Werktätigen auch in wirtschaftlichen Fragen in den Betrieben. Schließlich: Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie vor allem in den Bereichen des Wahlrechts und der Arbeit der Volksvertretungen.

Von seinem Wesen her ging es um den Übergang von der Machtausübung im Interesse der Werktätigen zu einer Machtausübung durch die Werktätigen. Unmittelbar nach dem Sturz von Chruschtschow im Jahre 1964 stoppten Breschnew und die Gruppe um Erich Honecker die Reform des politischen Systems der DDR. Der von der KPdSU initiierte Sturz Ulbrichts im Jahre 1971 ging dann einher mit dem Ende des ökonomischen Reformprogramms.

Die Orientierung von August Thalheimer und Alfred Schmidt war keine taugliche Alternative. Die einzig realistische Alternative in Richtung eines zukunftsfähigen Sozialismus in der DDR gab es, wie schon erwähnt, in den sechziger Jahren. Dies mag auch Heinrich Brandler veranlasst haben, kurz vor seinem Tode gegenüber Wolfgang Abendroth der Aussage zuzustimmen, dass er besonders die wissenschaftliche Konsequenz in der Anwendung des Marxismus durch Ulbricht schätze. ■

■ LATEINAMERIKA

Putschversuch in Ecuador

Am 30.9. 2010 war der Präsident von Ecuador, Correa, in einem Polizeikrankenhaus festgesetzt worden. Teile der Polizei waren wegen einem neuen Gesetz in Aufruhr und wurden von Teilen des Heeres und der Luftwaffe unterstützt. Nur durch das Eingreifen von loyalen Teilen der Armee, wobei es Tote und Verletzte gab, und die spontane Mobilisierung der Bevölkerung gelang es, die Revolte niederzuschlagen.

Die Ereignisse zeigen, wie prekär die Lage in Ecuador ist, wo eine Regierung versucht, unter Beschneidung einiger Privilegien von Unternehmern und Grundbesitzern eine Politik der nationalen Entwicklung durchzuführen, die das Land aus seiner Abhängigkeit von Rohstoffexport und dem Diktat des Weltmarkts führen soll. Dass eine solche Politik Widerstand der bisher herrschenden Kreise hervorruft, ist klar. Ein solcher Widerstand kann nur überwunden werden, wenn die breite Bevölkerung selbst in Bewegung kommt und anfängt sich zu organisieren. Wir baten einen Leser vor Ort um seine Sichtweise der Entwicklung.

Wie schätzt du die Ereignisse vom 30. September ein? Würdest du sie als Putschversuch bezeichnen?

Ich denke, dass der 30. September eine Handlung war, die aus der Unzufriedenheit der nationalen Polizei und von einem Teil der Armee resultierte und die nicht spontan entstand. Der Einfluss von pensionierten Militärs und einigen rechten Politikern war offensichtlich, die während Correas Amtszeit die Regierung konstant kritisiert und jetzt die Polizei und Armee aufgehetzt haben.

Im Laufe des Tages, und durch manchen Fehler der Regierung in der Führung, ist die Situation in einen eindeutigen Versuch eines Staatsstreichs übergegangen.

Welche gesellschaftlichen Kräfte standen hinter dem Angriff auf Correa? Was versprachen sie sich von einer eventuellen Ermordung?

Es waren einige pensionierte Militärs sowie bestimmte rechte Unternehmer. Ich glaube allerdings nicht, dass es ein geplanter Mordversuch gegen Correa war, obwohl der Mord im Laufe der Ereignisse hätte passieren können. Ich glaube auch nicht, dass irgendjemand etwas geplant hatte, falls er getötet worden wäre.

Wie haben die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Bauern, Arbeiter, Massen in den Städten, Mittelschicht, Unternehmerverbände usw.) auf den 30.9. reagiert?

Ich denke, dass es eine mehrheitliche Unterstützung der Bürger für die Regierung und für Correa gegeben hat. Gruppen, die am meisten organisiert sind wie Arbeiter und einige Teile der Landbevölkerung haben ihn unterstützt, waren aber entsetzt über die Fahrlässigkeit Correas direkt ins Polizeipräsidium gegangen zu sein. Auch haben einige Menschenrechtsorganisationen die Art und Weise der Lösung des Konfliktes von Seiten der Regierung und bewaffneter Gruppen kritisiert, da es eine militärische Konfrontation gab, bei der Menschen gestorben sind, und außerdem das Militär ein Krankenhaus besetzt hat. Rechte Parteien, die Partei von Lucio Guitierez [rechter Expräsident], einige Medien, die »Movimiento Popular Democratico« (eine linke, maoistische Partei) haben die Handlungsweise der Regierung kritisiert, hinterfragt, ob es sich um einen Putsch gehandelt hat, und außerdem haben sie kritisiert, dass die Berichterstattung in den Medien von der staatlichen Informationspolitik bestimmt wurde.

Die neue Verfassung ist jetzt über 3 1/2 Jahre in Kraft. Damals im April 2007 stimmten über 80 Prozent dafür. Seither haben sich Widersprüche zwischen der Regierung und früheren Unterstützern entwickelt. Z.B, ist CONAIE, die indigene Dachorganisation, auf Distanz zur Regierung gegangen. Wie siehst du das?

Correa und sein engstes Umfeld stammen weder aus dem Proletariat, noch waren sie Mitglieder linker Parteien. Correa hat eine christliche Grundeinstellung, er war Pfadfinder, und nach seinen Studien in Europa und den USA war er Teil einer Gruppe von Ökonomen, die kritisch neoliberale Politik hinterfragten. Außerdem stammen sie aus Guayaquil, einem Handelszentrum mit schwachen sozialen Bewegungen in den letzten Jahren. Ich persönlich bin der Meinung, dass Correa und seine engsten Berater die Bedeutung der Volksbewegungen und ihre Rolle als weitertreibende Elemente nicht verstehen. Gleichzeitig haben sie kein Verständnis von den Grenzen des Handlungsspielraums des Staates im Hier und Jetzt. Diese Missverständnisse haben eine Bresche zwischen die Regierung und die soziale Bewegung geschlagen. Zusätzlich gibt es staatliche Aktionen, die beabsichtigen, die sozialen Bewegungen zum Schweigen zu bringen, ohne Möglichkeiten des Dialogs auszuloten. Auch von Seiten der sozialen Bewegungen gibt es naive Vorstellungen. Ich glaube, dass dies die größte Schwäche dieser Regierung ist.

Auch andere Gruppen, z.B. Gewerkschaften, kritisieren, die Regierung mache den Unternehmern zu viele Zugeständnisse. Ist diese Kritik berechtigt?

Ich glaube, dass diese Regierung klare Spielregeln für Unternehmer gesetzt, einige Privilegien eliminiert hat, was sie zwingt, ihre Steuern zu bezahlen und ihre sozialen Verbindlichkeiten gegenüber den Arbeitern einzuhalten etc. Sozusagen eine Modernisierung des Staates. Zur gleichen Zeit unterstützt die Regierung die Unternehmen bei Exporten, indem sie Kredite für die Produktion vergibt. Ich glaube nicht, dass Zugeständnisse gemacht wurden.

Ich denke, dass die Schwäche der Gewerkschaften ist, dass sie ihre Arbeit nicht aktualisiert und ihre Rolle in diesem Moment für das Land nicht wahrgenommen haben.

Kannst du sagen, welche gesellschaftlichen Kräfte hinter der Regierung stehen und bereit sind, sie bei einem erneuten Angriff zu verteidigen? Besteht die Gefahr, dass sich die Regierung isoliert?

Die größte Unterstützung erfährt die Regierung durch die Ärmsten der Städte und vom Land und von bestimmten Gruppen der Mittelschicht von Quito und Cuenca. Dies sind keine organisierten Schichten, aber die Regierung hat eine hervorragende Kommunikationsstruktur, und ich glaube, dass diese Gruppen für die Regierung mobilisieren würden.

Correa spricht in einem Interview mit der mexikanischen Zeitschrift »La Jornada« [erschienen in der »Jungen Welt« am 11. November 2010] davon, dass er die »Revolution radikalisieren« wolle. Was genau stellt er sich darunter vor?

Ich glaube, dass es weder eine klare Definition noch eine Diskussion über den Sinn einer »Radikalisierung der Revolution« gibt. Was man sich vorstellen könnte, ist, dass die Investitionen in Gesundheit und Ausbildung für die Ärmsten verstärkt werden; dass man die gegenwärtige wirtschaftliche Struktur, in der Rohstoffexporte vorwiegen, anfängt zu ändern, hin zu einer Verstärkung des Tourismus und der Elektronikbranche. Und es gibt sehr schwache Versuche nicht bebaute Ländereien zu enteignen und es an Bauern zu vergeben.

Gibt es Anzeichen dafür, dass sich unter den breiten Massen selbstständige organisatorische Strukturen (ähnlich Venezuela) herausbilden, die die Durchführung und Verteidigung der »Revolution« in die Hand nehmen könnten?

Die Regierung hat aufgerufen, CDRs (Comites de Defensa de la Revolución, Räte zur Verteidigung der Revolution) zu organisieren. Ich glaube, dass diese Organisierung bislang noch sehr schwach ist. ■

Rainer Thomann dokumentiert und untersucht betriebliche Auseinandersetzungen in der Schweiz (Officina) und Italien (Innse) und greift auf weitere Erfahrungen zeitweise besetzter/selbstverwalteter Betriebe zurück.
Und auf Konflikte, wo es soweit nicht gekommen ist, aus denen ebenfalls viel zu lernen ist.

140 Seiten, A5,
Gegen Voreinsendung von 5,00 EUR in Briefmarken erhältlich über: GFSA e.V.
Postfach 106426 · 20043 Hamburg
www.arbeiterpolitik.de